Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 M.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5spaltige Zeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Bandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 5.

Sonntag, den 29. Januar.

1911.

Erpressungs- und Gewaltpolitik.

Das Geschrei der Scharfmacher hat Erfolg. Die Unternehmerverbände folgen den Anreizungen, die Gewerkschaften zu unterdrücken, zu vernichten, wie der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Bueck, es gefordert hat. Zu dem Zweck werden die Gewerkschaften des Terrorismus und der Erpressung beschuldigt. Unzutreffende und einseitige Gerichtsurteile in einzelnen Fällen werden als Unterlage für diesen Zweck benützt.

Es soll bekanntlich die Gesetzgebungsmaschine in Bewegung gesetzt werden, um die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften für bessere Arbeits- resp. Lohnverhältnisse der Arbeiter zu verhindern und abzuschlagen. Zwar sagte der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg im Reichstage, er werde dem Reichstag keine Ausnahmegefetze vorschlagen, sondern Bestimmungen für das gemeine Recht, Verschärfungen des Strafgesetzbuchs usw., die in Zukunft den Gewerkschaften das Leben schwer machen oder ihnen gar das Lebenslicht ausblasen sollen, verlangen.

So wollen beide Teile — Unternehmerverbände und Regierung — zusammenwirken, um den verderblichen Zweck zu erreichen, und der Reichstag soll dazu Beihilfe leisten.

Was die Unternehmerverbände anlangt, so liegt wieder ein drastischer Beweis für diese Gewaltpolitik vor. Der Verband sächsischer Industrieller, der immer mit vorangeht, wenn gegen die Arbeiter ein Streik geführt werden soll, hat das nachstehende Rundschreiben verfasst, das seiner Arbeiterfreundlichkeit alle Ehre macht und ganz den Intentionen der ärgsten Scharfmacher entspricht. Bemerken wollen wir noch, daß der Syndikus dieses Verbands, Herr Stresemann, der ehigige Reichstagsabgeordnete für den 21. sächsischen Wahlkreis (Annaberg-Buchholz) ist. Das Rundschreiben lautet:

Verband Sächsischer Industrieller
Sitz Dresden.

Dresden, im Januar 1911.

An unsre Mitglieder!

Die in neuerer Zeit sich häufenden Fälle von Terrorismus sozialdemokratisch organisierter Arbeiter gegen die Angehörigen anderer Organisationen, sowie gegen unorganisierte Arbeiter veranlassen uns, an unsre Mitglieder mit der Bitte heranzutreten, dieser Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Es sind uns in letzter Zeit eine Reihe von Fällen bekannt geworden, wonach die Mitglieder sozialdemokratischer Gewerkschaften sich geweigert haben, mit auf nationalem Boden stehenden Arbeitern zusammen zu arbeiten, daß sie, um diese Absicht durchzusetzen, auch nicht davor zurückscheuen, Streiks zu initiieren oder die ihnen nicht zu Willen gehenden Firmen zu boykottieren, wie dies beispielsweise die Brauerei zum Plauenischen Lagerkeller in Dresden in der letzten Zeit erfahren hat.

Unseres Erachtens ist eins der wirksamsten Mittel, den Kämpfen der Sozialdemokraten zu begegnen, darin zu suchen, daß die nichtsozialdemokratisch organisierten Arbeiter gegenüber dem Terrorismus und dem Boykott ihrer Genossen den Schutz der betreffenden Firmen genießen. Denn es liegt auf der Hand, daß der sozialdemokratische Terror, wie überhaupt die Organisation der Sozialdemokratie in dem Maße fortschreiten muß, wie die Nichtorganisierten erkennen müssen, daß die durch Streiks und Boykott ausgeübte Macht der sozialdemokratischen Gewerkschaften größer ist als der Schutz, den die Arbeitgeber in solchen Fällen den Arbeitswilligen und Nichtorganisierten gewähren.

Wir richten daher hierdurch im Interesse der auf nationalem Boden stehenden Arbeiter an unsre Mitgliedsfirmen die Bitte, nach Möglichkeit bei Weigerung sozialdemokratisch organisierter Arbeiter, mit Nichtorganisierten oder Angehörigen der auf nationalem Boden stehenden Organisationen zusammenzuarbeiten, den Bestrebungen der Sozialdemokraten Widerstand zu leisten. Insbesondere bitten wir ferner keine Vereinbarungen mit den freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften zu treffen, kraft welcher nicht sozialdemokratisch organisierte Arbeiter von der Beschäftigung in den Betrieben der vertragschließenden Industriellen ausgeschlossen oder die Arbeitgeber gezwungen werden, Arbeitskräfte lediglich von einem bestimmten Arbeitsnachweis zu beziehen, wodurch eine Protokollmachung der auf nationalem Boden organisierten oder der nichtorganisierten Arbeiter bezweckt und erreicht wird.

Des Weiteren bitten wir, uns möglichst umfangreiches Material über alle Ihnen bekannt gewordenen Fälle von Boykott oder Ausschreitungen bei Streiks einzusenden, namentlich über Ausschreitungen von Streikposten, Terrorisierung nicht organisierter Arbeiter und ähnliche Uebergriffe der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Wir sind der Meinung, daß diese Fälle der breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden müssen, daß namentlich auch in den gesetzgebenden Körperschaften über diese Ausschreitungen berichtet werden muß, denn nur auf diese Weise ist es möglich, derartigen Uebergriffen zu begegnen und die Behörden zu veranlassen, gegen die zweifellos in dieser Richtung vorhandenen Mißbräuche auf Grund der bestehenden Gesetzesbestimmungen einzuschreiten.

Wir hoffen, daß Sie uns in der weiteren Behandlung dieser die gesamte Industrie lebhaft interessierenden Frage mit dem Ihnen zu Gebote stehenden Material unterstützen.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Verband Sächsischer Industrieller

Kommerzienrat L. B. Lehmann, Vorsitzender.

Stresemann, Syndikus,

Dr. Gustav

Deutlicher kann die Absicht nicht ausgedrückt werden, die wir in unsern Eingangsworten charakterisiert haben. Ein Zug nackter Gewaltpolitik zeichnet diesen Aufruf aus; die Vertragstätigkeit zwischen Unternehmerverbänden und Arbeitergewerkschaften soll unterbunden werden. Ebenso auffällig ist die Anreizung der Behörden, die schärfer als bisher — auf Grund bestehender Gesetze — vorgehen sollen. In der Praxis der Gerichte bildete sich seit längerer Zeit schon die Gepflogenheit heraus, Arbeiter oder deren Vertreter, die von Unternehmern unter Ankündigung von Streiks oder Fabriksperrern höhere Löhne oder sonstige bessere Arbeitsverhältnissen verlangen, unter Anwendung des Erpresserparagraphe des Strafgesetzes zu verfolgen. Gegen diese Gepflogenheit wurde im Reichstag schon mehrfach eine klare Fassung der betreffenden Gesetzesbestimmungen verlangt, um dieser übergreifenden Gesetzesanwendung ein Ende zu machen.

Vor kurzem fand nun im Reichstag die zweite Beratung einer Novelle zum Strafgesetzbuch statt, die gerade eine klarere Fassung des Erpresserparagraphe hätte herbeiführen sollen. Aber die Hetze des Unternehmertums und seiner Handlanger hinderte daran. Die Erpressungspolitik des Unternehmertums will es nämlich den Arbeitern unmöglich machen, sich der unmenschlichen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft durch profitgierige Unternehmer zu entziehen. Man will die Arbeiter mit allen Mitteln pressen, diese Ausbeutung zu dulden. Nehren sie sich aber dagegen, dann betrachten die Unternehmer das als Erpressung und wollen die betreffenden Arbeiter als Erpresser bestraft wissen. Der Geist dieser Erpressungspolitik ging bei der zweiten Beratung der Strafgesetznovelle im Reichstage um und verhinderte die endliche Festsetzung der die Arbeiter schädigenden Praxis jener Gerichte, die bereits erstaunliche Urteile gegen Arbeiter fällten und sie als Erpresser ins Gefängnis schickte.

Eine vernichtende Kritik an dieser Gerichtspraxis übte bei der Erörterung der sozialdemokratische Abgeordnete Staudt hagen, dessen treffliche Rede wir trotz ihres Umfangs an anderer Stelle zum Abdruck bringen, weil sie in unwiderleglicher Weise darlegt, daß jetzt schon die Gesetze gegen die Arbeiter so angewendet werden, wie es mit Ausnahmegefetzen kaum schärfer geschehen könnte.

Daß die bürgerlichen Parteien die Gelegenheit vorbegehen ließen, mit der so oft beklagten gerichtlichen Praxis aufzuräumen, entsprach nur der Absicht, dem Kapitalismus zu Willen zu sein, dessen Politik in Vergewaltigung und Erpressung gegen die Arbeiter bestehe. Es ist eine traurige Methode, die Arbeiter dessen zu bezichtigen, was ihre Peiniger an ihnen verüben. Doch soll es nicht gelingen, die Welt mit diesem Manöver zu täuschen. Dafür wird nicht nur die Presse der Arbeiter durch die nötige Aufklärung sorgen, sondern die Arbeiter werden auch durch ihr praktisches Vorgehen die Manipulationen der Gewalt- und Erpressungspolitik durchkreuzen.

Erzbergerei.

Bis zu den nächsten Reichstagswahlen werden noch allerhand Versuche gemacht werden, um die zerrüttenden Wirkungen der „Reichsfinanzreform“ vom Jahre 1909 zu leugnen. Alle Schuldigen, die den Steuerraubzug ausgeführt haben — Schnapsbloß und Regierung — bemühen sich bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit, die schlimmsten Eindrücke der horrenden Steuerbelastung zu verwischen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, das Sprachrohr der Regierung, ist jetzt bis auf den Erzberger gekommen, der bekanntlich erst drauflos erzählt, die Tabakindustrie habe die Steuerwürgerei überwunden, das Tabaksteuergesetz verursache ihr keine Beschwerden mehr, die Zigarrenfabrikation blühe, wie vor der neuen Steuer. Wohlgemerkt, der Abgeordnete Erzberger weiß genau, daß er Schönfärberei treibt, aber es kommt ihm vor allem drauf an, das Zentrum von dem berechtigten Vorwurf zu reinigen, daß es an den Steuerzahlern Verrat verübt — denn noch im Herbst 1908 machte seine Presse Opposition gegen Bier- und Tabaksteuer — und daß es den Steuerraub auf die Spitze getrieben hat. Doch mit der Seite der ganzen Welt kann der Zentrumsbohner nicht weiß gewaschen werden.

Mit den Fehrfunkstücken Erzbergers operiert nun auch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung gegen die Tabakindustrie, die Einfuhrzahlen über ausländischen Tabak werden von ihr gerade so falsch angewandt, wie vom Erzberger. Und daran knüpft sie dann ebenso kühn die Bemerkungen:

Man geht also nicht zu weit mit der Behauptung, daß sich der Geschäftsgang der Tabakindustrie schon seit etwa einem halben Jahre in dem früheren Gleise bewege. —

Ferner:

Zu allgemeinen Klagen über schlechten Geschäftsgang in der Tabakindustrie kann nach alledem zurzeit keine Veranlassung mehr vorliegen.

Wenn ein Regierungsorgan solch unwahre Behauptungen aufstellt, dann ist das noch schärfer zu verurteilen, als wenn der Abgeordnete Erzberger dies tut, denn das Sprachrohr der Regierung muß wissen, daß erstens die Regierung im letzten halben Jahre noch Unterstützung an die arbeitslosen Tabakarbeiter gezahlt hat, dann aber seit dem 3. Dezember diese Unterstützungen gesetzwidrig eingestellt hat.

Zweitens aber könnte sich das Blatt unterrichtet haben, daß die Regierung Unterstützungsgesuche, die von den durch das Tabaksteuergesetz weiter arbeitslos gemachten Tabakarbeitern eingereicht wurden, abgewiesen hat. Und füglich könnte das Blatt aus den Mitteilungen in Fachblättern der Tabakindustrie ersehen, daß immer aufs neue Arbeitslosigkeit in vielen Fabriken eingetreten ist infolge der Wirkung des Tabaksteuergesetzes.

Indes, das alles wissen die Offiziösen der Regierung sehr gut, und es ist völlig zutreffend, wenn die Süddeutsche Tabakzeitung sagt, die Zeitungsschreiberei der Norddeutschen Allgemeinen sei „raffiniert gearbeitet, aber einer ersten Kritik hält der Artikel ebensowenig stand, wie jede andre Arbeit, welche etwas beweisen will, was nicht bewiesen werden kann, weil es eben unwahr ist“.

Wann hätten auch je die Offiziösen die Wahrheit gesagt! Neugierig sind wir gerade nicht, ob sich der Sekretär die falschen Darstellungen zu eigen machen wird, wenn die Dinge zur Sprache kommen, aber daß seine Handlanger in der Presse sich das alles erlauben dürfen, ist bezeichnend genug. Das ganze Treiben gegen die Tabakindustrie verdient mit Recht den Namen: Erzbergerei.

Die geprellten Tabakbauern.

Um die deutschen Tabakbauern für eine höhere Belastung des Tabaks zu gewinnen, wurde ihnen seinerzeit vorgeschwindelt, sie würden höhere Preise, resp. höheren Gewinn aus den von ihnen gebauten Tabaken und auch größeren Umsatz ihrer Tabake erzielen, wenn der ausländische Tabak möglichst hoch mit Zöllen belastet werde. Wir haben diesen Schwindel seinerzeit aufgedeckt und die Bauern gewarnt, sich irgendetwas für eine höhere Tabakbesteuerung einzulassen. Eine Zeitlang hielten auch die Tabakbauern stand und gaben den Abgeordneten der tabakbauenden Kreise — den Rupp und Konsorten — mehrfach zu verstehen, daß sie eine Gefahr auch für sich in einer höheren Tabakbesteuerung sähen. Aber viele unterlagen dann der Bearbeitung durch die Steuertreiber, so daß auch die sogenannten Bauernfreunde im Reichstag für die neue Schröpfung des Tabaks zu stimmen wagten.

Wie nun auch die Tabakbauern sich getäuscht fühlen müssen, das geht aus den amtlichen Zahlen über den deutschen Tabakbau im Jahre 1910 hervor, wie sie von der Süddeutschen Tabakzeitung anschaulich erklärt werden.

Wer erwartet hatte, schreibt sie, der verstärkte Zollschutz, welcher der inländischen Tabakproduktion durch die vorjährigen Zoll- und Steueränderungen zweifellos zuteil geworden ist, werde zu einer Vermehrung des Tabakbaues in Deutschland führen, wird durch die jetzt bekanntesten Zahlen über den Umfang des deutschen Tabakbaues im Jahre 1910 einigermassen enttäuscht worden sein. Die Anbaufläche hat sich nicht etwa vergrößert, sondern ist gegen das Vorjahr um 764 Hektar kleiner geworden. Im Jahre 1910 waren im Deutschen Reich nur 15 421 Hektar mit Tabak bebaut gegen 16 185 Hektar im Jahre 1909. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Tabakpflanzen von 98 232 auf 96 398 vermindert. Die Zahl der bebauten Grundstücke ist von 153 751 auf 147 569 zurückgegangen, und zwar die Zahl der mindestens 4 Ar großen Grundstücke von 110 135 auf 104 418. Die Zahl der Grundstücke von weniger als 4 Ar Flächeninhalt — bei denen Flächenbesteuerung in Anwendung kommt — hat sich nur von 43 616 auf 43 151 vermindert. Der größte Teil dieser kleinen Anbaugrundstücke entfällt regelmäßig auf die Provinz Ostpreußen, wo bekanntlich noch viel Tabak „für die eigne Pfeife“ gebaut wird; hier wurden 22 448 Grundstücke von weniger als 4 Ar Flächeninhalt gezählt gegen 22 286 im Vorjahr, dagegen nur 370 größere Grundstücke gegen 347 im Jahre 1909.

Man könnte einwenden, der diesjährige Rückgang des einheimischen Tabakbaues sei lediglich eine Folge der schlechten Tabakernte des Vorjahrs; da 1909 nur 1741 Kilo durchschnittlich vom Hektar geerntet wurden, so sei, trotz des erhöhten Zollschutzes, der Tabakbau im laufenden Jahre eingeschränkt worden aus Furcht vor einem gleich schlechten Ergebnis. Die Wirkung des höheren Zollschutzes werde sich daher erst nach einigen Jahren zeigen.

Diese Annahme ist aber grundfalsch. Durch verstärkten Zollschutz wird der Tabakbau in Deutschland an Ausdehnung nicht gewinnen. Uebrigens ist der geringe Ernteertrag des Vorjahres ausgeglichen worden durch den erzielten hohen Preis, so daß ein zwingender Grund, die Produktion einzuschränken, aus der Vorjahrsernte kaum herzuleiten sein dürfte.

Vermindert hat sich der Anbau von Tabak gegen das Vorjahr hauptsächlich in Süddeutschland. In Baden war die Anbaufläche um 564 Hektar kleiner als im Jahre 1909, in Bayern um 187, in Hessen um 62, in Württemberg um 53 Hektar; dagegen ist sie in Preußen um 107, in Elsaß um 15 Hektar gegen das Vorjahr gewachsen. Für die wichtigsten Produktionsgebiete stellen sich die Zahlen wie folgt:

	Tabakpflanzler		Anbaufläche in Hektar	
	1909	1910	1909	1910
Baden	36 626	34 816	7 136	6 572
Bayern	9 720	9 554	2 631	2 444
Brandenburg	3 892	3 897	1 824	1 859
Elsaß	8 070	8 295	1 470	1 484
Pommern	1 951	1 955	920	929
Westpreußen	756	839	475	510
Hessen	1 300	1 159	446	385
Württemberg	4 924	4 558	374	321
Hannover	2 891	2 973	251	255
Rheinland	1 302	1 340	161	178

In Baden, Bayern, Hessen und Württemberg ist auch die Zahl der Tabakpflanzler erheblich zurückgegangen und zwar von 52 570 auf 50 087. Die Anbaufläche in diesen vier Staaten zusammen hat sich von 10 587 auf 9 722 Hektar, also um 865 Hektar, vermindert. Von der in ganz Deutschland mit Tabak bebauten Fläche entfielen im Jahre 1909 65,4 Prozent, im Jahre 1910 aber nur 63 Prozent auf Baden, Bayern und Württemberg.

Da im Jahre 1909 nur sehr wenig Tabak in Deutschland geerntet wurde (281 783 Doppelzentner gegen 337 210 im Durchschnitt der vorausgegangenen 10 Jahre), da auch die diesjährige Ernte wohl nicht sehr reichlich ausgefallen ist und aus früheren Jahren keine großen Vorräte mehr vorhanden sein können, da außerdem die im Jahre 1909 verholzten Mengen von ausländischem Tabak wohl längst aufgebraucht sind, so müßte eigentlich die Einfuhr von Rohtabak aus dem Auslande, um den Bedarf zu decken, in letzter Zeit stark zugenommen haben, daß indessen eher das Gegenteil der Fall ist, haben wir an der Hand der amtlichen Importzahlen wiederholt nachgewiesen. Dies berechtigt zu dem Schluß, daß die vorjährigen Zoll- und Steuererhöhungen bereits zu einem Rückgang des Tabakkonsums in Deutschland geführt haben. — Darunter müssen auch die Tabakbauern leiden, obgleich ihnen die Steuertreiber immer das Gegenteil vorgezwängt haben.

Rundschau.

Folgen der Tabaksteuer. Blotho. In unserer Zigarrenindustrie sieht es wieder nicht gut aus. Das, was man schon vor Wochen befürchtete, trifft bereits ein, denn jetzt, zum Jahresluß, sind hier wieder eine Anzahl Arbeiter in den Zigarrenfabriken gefündigt worden. Eine andre Fabrik (Hamburger Filiale) hat dagegen ihre zahlreichen Arbeiter vorerst auf Stückzahl gesetzt. Es fehlt den Fabriken eben an Aufträgen, und das ist der Grund zu diesen Maßnahmen.

Angst vor Lohnmängeln. Der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, industrieller und gewerblicher Vereine nahm zu dem Heimarbeitergesetzentwurf und besonders auch zu der Forderung nach Lohnmängeln Stellung. Generalsekretär Dr. Koppel meinte, die Einführung solcher Lohnmängel würde ein Eingriff des Staates in den Privatbetrieb sein; außerdem könne man nicht wissen, ob nicht das, was heute in der Heimarbeit geschieht, morgen einem andern Industriezweig widerfähre. In der einstimmig angenommenen Resolution wendet sich der Zentralausschuß „nachdrücklich gegen alle über die Regierungsvorlage sowie die Kommissionsbeschlüsse hinausgehenden weiteren Forderungen und erhebt insbesondere schärfsten Protest gegen die Forderung des Heimarbeiter-tages auf Einführung staatlicher Lohnmängel. Der Zentralausschuß hält einerseits diese Lohnmängel praktisch und technisch für undurchführbar, andererseits aber muß aus prinzipiellen Gründen dieser Protest erhoben werden, da die Festsetzung des Lohnes von Staats wegen ohne gleichzeitige Garantie der Konkurrenzfähigkeit, der Preise und des Absatzes der Produkte eine Neuerung bedeuten würde, die zu unabsehbaren Konsequenzen führen und die Existenzmöglichkeit der Unternehmerbetriebe in Frage stellen müßte.“ Auch diese Sätze sind nur wieder ein Beweis, daß sich die Ausbeuter mit Händen und Füßen zur Wehr setzen, wenn sie eine Begrenzung der bösartigsten Ausbeutungsmöglichkeiten fürchten.

Wie der Staat das Fleisch verteuert. Eine interessante Rechnung macht die Deutsche Fleischzeitung auf. Sie stellt die Unkosten zusammen, welche die Einfuhr eines lebenden Kindes aus Dänemark infolge des Zolles und der Grenzschikane verursacht: Quarantäne 16 Mk., Einspritzung 1.50 Mk., drei Tage Futtergeld 3 Mk., Versicherung gegen Reaktion 10 Mk., Fracht und Nachnahme 29.65 Mk., Zoll 40.80 Mk., Kommission 3 Mk., Schreibgeld, Diverses 8.60 Mk., Markt- und Trinktgeld 1.50 Mk., Versicherung gegen Tuberkulose 4 Mk., Warenaab 30 Pfg., Porto undagio 50 Pfg. Zusammen 118.85 Mk. Bei einer solchen Verteuerung ist die Einfuhr fast unmöglich. Und das ist ja auch der Zweck der Uebung.

Unternehmer als Krankenkassenbeiträge. Ueber 400 Mk. Krankenkassenbeiträge hat der Unternehmer Friedrich Pichel in Halle a. S. seinen Arbeitern abgezogen, diese aber nicht an die Gemeinschaftliche Ortskrankenkasse abgeliefert, sondern für sich behalten. Schließlich, nachdem auch der Gerichtsvollzieher sich vergeblich bemüht hatte, die Summe für die Krankenkasse einzuziehen, hat man gegen den Mann eine Anzeige erstattet, die mit der Verurteilung zu einer Geldstrafe von 100 Mk. endete. Das heißt man ein gutes Geschäft. Der Mann unterschlägt 400 Mk., dafür zahlt er 100 Mk. Strafe (wenn er sie hat) und verdient somit 300 Mk. Das Nachsehen hat die Krankenkasse, die bei den häufigen Wiederholungen dieser Betrügereien schließlich gezwungen wird, entweder höhere Beiträge von den Mitgliedern zu erheben oder die Leistung der Krankenkasse auf die gesetzliche Pflichtleistung herabzusetzen.

Ein prinzipieller Arbeitsvertrag. Die schlesischen Junker verstehen es ganz besonders, ihre Gutsarbeiter an sich zu fetten. Sie erreichen dies, indem sie im Arbeitsvertrag bestimmen, der Arbeiter habe eine erhebliche Kautionsaus seinem Lohn zu zahlen, die zugunsten des Arbeit-

gebers verfällt, wenn — nun, sagen wir mal dem Junker die Nase des Arbeiters nicht mehr gefällt. Als ein Beispiel dafür kann ein Vertrag gelten, der zwischen Sr. Durchlaucht Ulrich Prinz von Schönburg-Baldenburg, Besitzer der Herrschaft Guteborn und dem Arbeiter in Guteborn geschlossen wurde. In dem Vertrage befindet sich folgende Bestimmung:

„verpflichtet sich, mit seiner Ehefrau pro Woche 5 Mk. Kautions zu zahlen, welche vom Lohne abgesetzt werden und die Höhe von 60 Mk. erreichen muß. Verläßt vor dem 1. November 1909 die Arbeit, oder muß er aus besonderen Ursachen, wie z. B. ungebührliches Benehmen und Betragen, Faulheit bei der Arbeit oder Trunkenheit während der Arbeitszeit oder sonstigen Vorkommen entlassen werden, so verfällt die Kautions in Höhe von 60 Mk. der Herrschaft. Andernfalls erhält er die Kautions am 1. November 1909 zurück. Bei ganz guter Führung bekommt er und seine Frau noch ein Erntegeschenk. Bei vorkommenden kleineren Verstößen gegen die Befehle ihrer Vorgesetzten wird dem Ehepaar eine Strafe bis zur Höhe von je 1 Mk. vom Wochenlohn abgezogen.“

Wie rasch sich ein Gutsarbeiter eine Entlassung wegen einer der angeführten „besonderen Ursachen“ zuziehen kann, lehren Duzende und Hunderte von Fällen aus dem täglichen Leben. Der Gutsbesitzer oder der Inspektor schnauzt einen Arbeiter an; dieser wagt eine energische Entgegnung; das ungebührliche Benehmen und Betragen ist gegeben. Den Arbeiter trifft dreifache Strafe: 1. wird er auf Anzeige hin wegen Uebertretung des Gesetzes vom 24. April 1854 bestraft, 2. wird er aus der Arbeit entlassen und 3. verliert er den als Kautions einbehaltenen Arbeitslohn für zirka 6 Wochen. Der Arbeitgeber dagegen hat nur Vorteile: 1. steckt er die 60 Mk. Kautions in die Tasche und hatte einen billigen Arbeiter, 2. braucht er kein Erntegeschenk zu geben und 3. hat er die übrigen Arbeiter so eingeschüchtern, daß sie fast verlernen, den Mund gegen ihn aufzumachen. So werden die Junker zu Millionären, während die Arbeiter im Elend verkommen.

Stimmt auffällig. In einer im Auftrage des amerikanischen Arbeitsamts bearbeiteten Untersuchung über die in europäischen Ländern bestehenden Kinderbeschäftigung sagt der Verfasser, Dr. Redik, Professor der Soziologie an der George Washington-Universität, daß in Deutschland die Arbeiter- und Kinderbeschäftigung die Kinderarbeit nicht abgeschafft, sondern sie nur in die Heimarbeit getrieben habe, wo sie gefeiert noch nicht verboten ist.

Die Arbeitszeit in Holland. Seit Jahren kämpfen die holländischen freien Gewerkschaften um die Verkürzung der Arbeitszeit. Wie notwendig dies ist, wird aufs neue durch eine offizielle Statistik bewiesen, nach der die Arbeitszeit der über 10 Stunden täglich beschäftigten Arbeiter über 16 Jahren in den verschiedensten Industrien wie folgt ist:

Industrie	Es arbeiten länger wie	
	10 Stunden	11 Stunden
Steine und Erden	64,5	47
Druckereigewerbe	80,29	9
Baugewerbe	74,2	59,6
Chemische Industrie	67,64	43,26
Textilindustrie	75,15	51,98
Bekleidung	36,97	21,36
Lederindustrie	80,4	43,8
Metallindustrie	60,54	38,84
Maschinenfabriken	38,42	27,43
Schiffbau	79,83	73,18
Papierindustrie	52,81	28,99
Textilindustrie	73,5	43,72
Gas und Elektrizität	54,9	33,65
Bäckereien	71,54	62,64
Molkereien	78,5	48,82
Tabakindustrie	40	15,23
Sonstige Genussmittel	54,13	40,91

Gerade wie bei uns. Das Arbeitsamt im Staate Jersey berechnet auf Grund statistischer Erhebungen, daß die Nahrungs- und Mietpreise in den letzten 12 Jahren um rund 41 Prozent, die Löhne der Arbeiter in Industrie und Handwerk aber nur um 18,7 Prozent gestiegen sind, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft sich im allgemeinen also bedeutend verschlechtert hat. Fast nur die gut organisierten Arbeiter der Baugewerbe hätten durch Lohnerhöhungen einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen vermocht.

Die Arbeiterinnen und die Organisation

Zu diesem Thema schrieb der Vorwärts kürzlich in bezug auf die Wäschearbeiterinnen:

Junge Mädchen denken noch viel weniger als verheiratete Frauen an eine Berufsarbeit für das ganze Leben. Sie rechnen auf eine schnelle Verheiratung. Das Schielen nach dieser Erlösung von der Erwerbstätigkeit läßt die Organisation für das weibliche Geschlecht als etwas Ueberflüssiges erscheinen.

Kommt es später anders, als man gedacht hat, muß doch zum Mitverdienenden Zutritt genommen werden, dann ist dem Gedanken der Organisation bei denen, die vorher nicht organisiert waren, noch ebenso schwer Zugang zu verschaffen wie früher. Und viele solcher Frauen befinden sich unter den Wäschearbeiterinnen, die Kleinbürgerlichen oder Beamtentöchtern angehören. Diese Pohnflavinnen sind für die Organisationen, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, so gut wie gar nicht zu haben. Es fehlt ihnen in dieser Hinsicht jede Anregung und jede Rückenstärkung innerhalb der Familie. Das bedingt auch, daß die Frauen dieser Kreise Einflüssen aus den Reihen der Mitarbeiter und -arbeiterinnen schwer zugänglich bleiben. Das Vorurteil und die Verständnislosigkeit sind hier die stärksten Faktoren.

Mit dem Uebergang in einen andern Beruf gehen auch die Organisierten in einem andern Verband über. In allen Heimarbeiterberufen sind die in kleinen Betrieben Arbeitenden am schlechtesten organisiert, obwohl sie es am nötigsten hätten, sich für die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenzuschließen. Stets kann man beobachten, daß isoliert Arbeitende, die selten Gelegenheit haben, mit andern über die Mängelheiten im Arbeitsverhältnis Gedanken auszutauschen, für die proletarischen Emanzipationsbestrebungen kein Verständnis haben. Die Heimarbeiterinnen sind nun aber oft Angehörige von organisierten Gewerkschaftlern und Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei. In solchen Fällen sollte ohne weiteres angenommen werden, daß es hier nur einiger Bemühungen bedürfe, um die Frauen, Töchter oder sonstige weibliche Anverwandte der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Seider wird in dieser Beziehung viel veräuert. In den Familien bildet der Grundgedanke der Organisation viel zu wenig das Objekt der Unterhaltung. Da bedarf es dann mancher langer Kämpfe, um den Organisationsgedanken zum Siege zu verhelfen. Einzelne Männer halten es überhaupt für überflüssig, daß ihre weiblichen Angehörigen der Organisation angehören, obwohl sie selbst in dieser Beziehung ihre Pflicht und Schultigkeit tun. Das ist des Uebels Quelle! Bei der allgemeinen Agitationsarbeit kommt man immer nur an gewisse Arbeiterinnen heran, entweder an die, die schon Versammlungen besuchen, oder an die Mitarbeiterinnen. Die Heimarbeiterinnen sind schwer zu erreichen. Hier muß das Feld von denen bearbeitet werden, die Gelegenheit dazu haben. Darum tue jeder aufgeklärte Arbeiter, was in seinen Kräften steht!

Was hier der Vorwärts in bezug auf die Wäschearbeiterinnen sagt, gilt auch für die Arbeiterinnen in vielen andern Branchen, insbesondere auch für die in der Tabakindustrie beschäftigten. Und nicht nur für Heimarbeiter, sondern auch für die in Fabriken tätigen Berufsangehörigen. Auch unsre Kolleginnen rechnen mit dem paradiesischen Glück ihrer Verheiratung und glauben deshalb, keine Organisation nötig zu haben. Ganz besonders trifft dieses auf die Zigarettenarbeiterinnen zu. Sie sollten doch daran denken, daß gerade in den Großstädten, wie Dresden, die meisten Ehefrauen der Arbeiter mitarbeiten müssen, weil das, was der Mann verdient, nicht ausreicht, um die Familie anständig zu erhalten. Wenn wirklich einmal eine Kollegin das Glück haben sollte, in der Ehe nicht mit verdienen zu müssen, so sollte sie doch daran denken, daß es noch Hunderte gibt, denen sie durch ihren Beitritt zur Organisation mithelfen kann, ihre Lebenslage zu verbessern. Oft hört man auch sagen: Mein Mann ist organisiert! Diese Kolleginnen denken nun, durch die Organisation des Mannes sei ihnen geholfen. Daß das aber nicht der Fall ist, beweist die Tatsache, daß die Unternehmer aller Berufe die Frauen immer als Lohndrücker benutzen. Sehen doch die Unternehmer sehr oft den Verdienst der Frau nur als Zuschuß zu den des Mannes an. Wenn aber die Frau den Organisationsgedanken schon voll und ganz erfasst hätte, würde sie sich wohl schwer hüten, dem Unternehmer ihre Arbeitskraft billiger zur Verfügung zu stellen, als die Männer.

Darum sollte jeder Kollege und jede Kollegin unter den unorganisierten Mitarbeitern den Organisationsgedanken fördern und die Fernstehenden dem Verbands zuzuführen versuchen. Es könnte in dieser Hinsicht unendlich mehr getan werden. E. St.

Briefkasten.

Rangenbiefau. Brief kostete 20 Pfennig Strafporto. Aufpassen!

Uereinstell.

Deutscher Cabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telephon Nr. 6046. Bureauezeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Cabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren. Geld-, Einschreib- und Vertiefungen nur an W. Niederwiesand, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Eilken, Altona-Ottensen, Hoheneck 3, pt., zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Als Gauleiter für den 14. Gau mit dem Sitz in Elbing (Westpreußen) fungiert ab 1. Februar:

Robert Henischel

Elbing (Westpreußen), Range-Niederstr. 11 (Gartenhaus).

Ausgeschlossen wurde nach § 15:

Der Zigarrenmacher Kiewewetter, zurzeit in Trebnitz, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Achtung, Bevollmächtigte!

Nachbenannte Kollegen haben noch Ansprüche an den Konsumverein Semelingen bei Bremen:

- Ferd. Hoppe, Zigarrenarbeiter, früher in Achim
- Joh. P. Holste, " " " "
- Karl Peters, " " " "
- Gerh. Bötes, " " " "
- R. Harbmeyer, " " " "
- Aug. Stahmann, " " " "
- Anton Sohe, " " " "
- Lammo Dos, " " " "
- Hendrikus Sijfer, " " " "
- H. Sos, " " " "
- Jakobus Granat, " " " "
- Aug. Schunrig, " " " "
- Georg Schwet, " " " "
- Karl v. Empel, " " " "
- Hugo Flor, " " " "
- Diedrich v. Horn, " " " "
- Ehr. Meyer, " " " "
- Wilh. Bed, " " " "
- Joh. v. Deuther, " " " "
- Philipp Behrens, Zigarrenfortierer, früher in Achim
- H. Rehmeyer, " " " " Bieren

Indem wir die Namen dieser Kollegen bekannt geben, ersuchen wir darum, uns ihre genaue Adresse mitteilen zu wollen, damit die Ansprüche geregelt werden können.

Bremen.

Der Vorstand. J. A.: K. Reichmann.

Abrechnungen für das 4. Quartal 1910

gingen in der Zeit vom 17. bis 23. Januar 1911 beim Vorstand ein:

Vom 1. Gau: Kelling, Glückstadt, Lauenburg, Elmshorn, Heide, Rostock, Neumünster, Lüthjen, Wilsen, Kellinghusen, Segeberg, Rendsburg, Ottenen; 2. Gau: Burgdamm, Vegesack, Sulzingen; 3. Gau: Schönhäusen, Münderhof, Cöthen, Genthin, Groß-Heere, Stendal, Erleben; 4. Gau: Frankenhäusen, Mülden i. S., Moringen, Helmarshäusen, Kassel, Schwäge; 5. Gau: Bochum, Enger, Hohenhausen, Babbenhausen, Belsenkamp, Dünne, Gehlenbeck, Löhne, Niederbergen, Sonneborn, Berl, Dörflinghausen, Rheba, Salzuflen; 6. Gau: Luremberg, Oberhausen; 7. Gau: Heppenheim, Ringenbach, Gr.-Steinheim, Videnbach, Wilmars, Mainz, Bad Orb, Groß-Auheim, Ködjen-Trohe, Wiefel, Wegberg, Dietesheim; 8. Gau: Ködjen-Trohe, Wiefel, Wegberg, Dietesheim; 9. Gau: Straßburg, Bödingen, Stuttgart, Reuzingen, Baden-Baden, Zunsweier, Wiedelsbach, Offenburg, Müdersberg, Gassel; 10. Gau: Kreuzburg, Koburg, Erfurt, Raschhausen, Götting, Schmölln, Salzingen, Eisenberg, Ronneburg, Wintersdorf, Gera, Halle a. S., Robenstein; 11. Gau:

Was haben die Frauen von der Reichsversicherungsordnung zu erwarten?

K. r. Außer bei der Witwen- und Waisenversicherung kommt der Entwurf der Reichsversicherungsordnung noch in anderer Weise für die Frauen in Betracht.

Bei der Krankenversicherung erhielt der Paragraph 12 einen Zusatz, daß den versicherungspflichtigen Ehefrauen im Falle der Niederkunft die erforderlichen Hebammendienste und etwaige ärztliche Geburtshilfe gewährt werden muß. Auch können den Wöchnerinnen Stillgelder bis zur Höhe des halben Krankengeldes gewährt werden. Für versicherungsfreie Ehefrauen der Versicherten müssen im Falle der Niederkunft ebenfalls die erforderlichen Hebammendienste und ärztliche Geburtshilfe gewährt werden. Stillgelder können die Kassen diesen Müttern ebenfalls auszahlen; doch ist es in das Ermessen der Kassenvorstände gestellt. Die Vertreter der Sozialdemokratie hatten die obligatorische Einführung der Hebammendienste usw. wie der Stillgelder für alle Wöchnerinnen gefordert. Leider drangen sie mit dieser Forderung nicht durch.

An den Erhöhungen der Minimalleistungen der Krankenkassen sind die Frauen ebenfalls stark interessiert. Erfolgt z. B. die Aufnahme des Mannes in ein Krankenhaus, so haben die Angehörigen nur Anspruch auf die Hälfte des Krankengeldes. Die Sozialdemokraten brachten drei Viertel des Krankengeldes, unter Würdigung der Teuerungsverhältnisse, in Vorschlag, sie fanden aber damit kein Gegenkommen. Die Krankenkasse kann laut Statut nicht nur drei Viertel, sondern das ganze Krankengeld im Falle der Krankenhausaufnahme des Mannes gewähren. Ob die Kassen von der Einführung höherer Leistungen entsprechenden Gebrauch machen werden, bleibt abzuwarten.

Bei der Unfallversicherung ist der § 607 der Vorlage dahingehend abgeändert worden, daß die Waisrente für jedes hinterbliebene Kind bis zum 15. Lebensjahre gewährt werden muß, zu dessen Unterhalt der Verstorbene verpflichtet war. In Zukunft soll auch den unehelichen Kindern eines männlichen Verunglückten der Anspruch auf Rente zustehen. Heute haben uneheliche Kinder nur dann Anspruch auf Rente, wenn deren Mutter in einem Unfallversicherungspflichtigen Betriebe tödlich verunglückt. Weiter sind den ehelichen Kindern rechtlich gleichgestellt die durch nachfolgende Ehe legitimierten, die für ehelich erklärten und die an Kindes statt angenommenen Kinder.

Den Antrag der Sozialdemokraten, die Waisrente des Versicherten nach dem vollen Verdienste zu berechnen, lehnte die Reichstagskommission ab, ebenso wie die Erhöhung der Hinterbliebenenrenten. Es bleibt also hier bei je 20 Prozent des Verdienstes für die Witwe wie für jedes Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahre, mit der Einschränkung, daß die gesamten Hinterbliebenenbezüge nur 60 Prozent, z. B. bei 1000 Mk. Verdienst nur 600 Mk. betragen dürfen.

Bei der Invalidenversicherung kommt nun als neuer Zweig der Versicherung die bei der Annahme des Solltarifs im Jahre 1902 in Aussicht gestellte Witwen- und Waisenversicherung in Betracht. Dieser Versicherungsentwurf bleibt nicht nur in den festgesetzten Bezugsummen für Witwen und Waisen weit hinter den berechtigten Forderungen zurück, er wird auch dadurch, daß er nur in valide Witwen, nur solche, die mindestens zu zwei Drittel ihre Arbeitskraft einbüßten, die Rente gewähren will, wenig zur Linderung der Not, in der diese Klassen leben, beitragen.

Die Arbeiterfrauen und Töchter können auch an diesem Reichsversicherungsentwurf erkennen, daß sie wenig von der bürgerlichen Gesellschaft zu erwarten haben, daß diese nichts gewährt, wodurch sie nicht durch die Forderungen der Sozialdemokraten gezwungen werden. — All unsere Hoffnung auf Lebensfreude und Sonnenschein für das Proletariat wird nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung erfüllt werden.

Darum herbei, Frauen, stärkt die Reihen unserer Gewerkschaften!

Erster sozialdemokratischer Frauentag in Deutschland.

Der unauffhaltsam vorwärts treibende Strom der ökonomischen Entwicklung hat Millionen von Frauen aus dem schützenden Heim und der altgewohnten Familientätigkeit hinausgetrieben: in die Erwerbsarbeit, in den wilden Kampf ums Dasein.

Mit Hand und Hirn im Produktionsprozeß als Gleichverpflichtete tätig, im Konkurrenzkampf den gleichen Gefahren und Kämpfen preisgegeben wie der Mann, fehlen ihnen doch die gleichen Waffen für diese Kämpfe: die politischen Rechte.

Politische Rückständigkeit, vor allem die Furcht vor der wachsenden Macht der Arbeiterklasse aber machen Regierung und bürgerliche Mehrheitsparteien zu den schlimmsten Feinden einer weiteren Demokratisierung des Wahlrechts und damit zu Feinden des Frauenwahlrechts. Philisterhaftigkeit, der alte Herrenstandpunkt und kleinliche Konkurrenzsucht lassen ebenfalls zahlreiche Kämpfer gegen das Frauenwahlrecht auf dem Plan erscheinen; obwohl die Tätigkeit im Produktionsprozeß, die Pflichten der Mutterpflicht und ihre Steuerleistungen (direkte und indirekte) den Frauen einen mehr als wohl begründeten Rechtsanspruch auf das Wahlrecht geben. Allein die Sozialdemokratie, stehend auf dem unerwiderlichen Boden geschichtlicher Entwicklung, tritt energisch und rückhaltlos für die volle politische Gleichberechtigung der Frauen ein.

Die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frau war bei der Sozialdemokratie niemals nur ein dekorativer Programmgegenstand, sondern stets eine mit allem Ernst und aller Lebhaftigkeit vertretene Forderung. Es wurde kein Wahl- und kein Wahlrechtskampf geführt, bei dem nicht mit allem Nachdruck auch das Frauenwahlrecht propagiert worden wäre. Im Parlament und bei der öffentlichen Agitation: immer ist das Frauenwahlrecht mit demselben Eifer und derselben Wärme von unseren Abgeordneten und Rednern gefordert worden, als eine Waffe im

Gegenkampf und ein Mittel zur Eroberung der politischen Macht.

Am 19. März d. J. wird nun die sozialdemokratische Partei die erste allgemeine Aktion im Reiche veranstalten, die lediglich der Propaganda für das Frauenwahlrecht dient: den sozialdemokratischen Frauentag.

Am 19. März werden in allen Orten, in denen von einer Frauenbewegung die Rede sein kann, Frauenversammlungen stattfinden, in denen die Frage des Frauenwahlrechts behandelt werden wird: des politischen Frauenwahlrechts, des Wahlrechts zur Kommunalverwaltung, zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten und des Wahlrechts zu den Verwaltungskörpern der sozialen Versicherung.

Die Gewerkschaften, die, abgesehen vom politischen Frauenwahlrecht, vor allem auch ein Interesse daran haben, daß die Arbeiterinnen die zuletzt genannten Wahlrechte erobern, um damit wirksamere Waffen für ihren gewerkschaftlichen Kampf zu erhalten, werden der Frauenwahlrechtsaktion die weitgehendste Unterstützung zuteil werden lassen. So von der großen Gesamtarbeiterbewegung getragen, wird der sozialdemokratische Frauentag zu einer gewaltigen Demonstration für die politische und soziale Gleichberechtigung der Frau werden!

In Preußen, Elsaß-Lothringen und einer Reihe kleiner deutscher Bundesstaaten, in denen wir im Wahlrechtskampfe stehen, wird der „Frauentag“ eine kräftige Belebung und Förderung dieses Kampfes bedeuten, in dem er das Heer der Kämpfer vergrößert, die Rechtlosesten der Rechtlosen gegen Unrecht und Unterdrückung auftritt!

Ja mehr als das: Entsprechend der Ueberlegung, daß der Friede die beste Verteidigung ist, wird der „Frauentag“ zu einer kräftigen Abwehr gegen Wahlrechtsfeinde und Staatsstreicher werden, denn die Propagierung des Frauenwahlrechts bedeutet die Propagierung der weitgehendsten demokratischen Ausgestaltung des Wahlrechts.

In der Veranstaltung des sozialdemokratischen Frauentages sehen die Genossinnen die Erfüllung des Wunsches, der auf der internationalen Kopenhagener Frauenkonferenz ausgesprochen wurde. Nun ist es ihre Sache, im Einverständnis mit den Organisationsleitungen alles zu tun, was ein Gelingen der geplanten Aktion fördern und sichern kann. Vor allem gilt es, die Propagierung in der umfassendsten Weise zu betreiben: in Fabrik und Werkstatt, in Laden und in Kontor, in die Familien und auf unsere Feste, in Versammlungen und Lesabende, in Stadt und Land muß die Kunde von dem geplanten Frauentag getragen werden; überall muß zu seinem Besuch aufgefordert werden.

Die Genossinnen müssen dafür sorgen, daß die Indifferenten und Gleichgültigen die Wichtigkeit des Frauentages begreifen; sie müssen Begeisterung in ihnen wecken und zur hellen Flamme schüren, ihnen klarmachen, daß es sich um ihre Sache handelt: um die Eroberung des vollen Bürgerrechts der Frau.

Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Hannau. Nach neunwöchigem Kampf ist der Streik der Tabakarbeiter bei der Firma Schwaabe u. Seidel beendet worden. Keiner der Streikenden hat sich zu Streikbrecherdiensten hergegeben. Einig, wie die 19 Arbeiter, darunter 16 weibliche, in den Streik traten, werden sie die Arbeit wieder aufnehmen, und zwar zu den geforderten Löhnen. Die Firma muß heute auf 10 Sorten 80 Pfg. pro Mille, auf eine Sorte 90 Pfg., zwei Sorten 1.25 Mk. und eine Sorte 1.30 Mk. pro Mille Zulagen gewähren. Außerdem erhält die Sortiererin eine Lohnzulage von 10 Pfg. pro Tausend, die Wickelpresserin 90 Pfg. pro Woche. Außerdem erklärte sich die Firma bereit, den Lohntarif auszuhängen. Die Organisation der Tabakarbeiter hat in diesem neunwöchigen Kampfe gezeigt, daß sie imstande ist, die Interessen der Tabakarbeiter zu vertreten.

Schönau. Ernste Differenzen sind bei der Firma Gottschalk Schrögele ausgebrochen. Die Arbeiter dieses Betriebs hatten sich organisiert im Deutschen Tabakarbeiterverband, was der Firma Anlaß gab, Maßnahmen vorzunehmen. Angebahnte Verhandlungen sind gescheitert und wird es zur Arbeitsniederlegung kommen. Der Zugang ist streng zu meiden.

Wattenstein. Der Zugang nach hier ist wegen Lohn-differenzen fernzuhalten.

Ludau. Der Zugang nach Ludau ist eingetretener Differenzen halber fernzuhalten.

Bölzig (S.-A.). Der Streik bei der Firma R. Bauh dauert fort. Der Zugang ist streng fernzuhalten.

Gera (Reich i. L.). Seit dem 3. Dezember d. J. befinden sich die Arbeiter der Firma Laspe u. Co. im Streik, weil die Firma es ablehnt, die bescheidenen Forderungen der Arbeiter anzuerkennen. Vor Zugang wird gewarnt.

Der Zugang ist noch fernzuhalten:
Dahme i. M.: Firma H. G. Loel.

Schwäbisch-Hall: Firma R. Neumann.

Waltersdorf b. Erkner: Firma G. Wustrow.

Ueber gewerkschaftlichen Terrorismus ereifert sich der Landesverband Evangelischer Arbeitervereine in Sachsen. Ohne auch nur den geringsten Beweis für seine Behauptung zu erbringen, speist der Ausschuß des genannten Verbands die Scharfmacherpresse mit folgender Mitteilung:

„Der Landesverband Evangelischer Arbeitervereine im Königreich Sachsen lenkt die Aufmerksamkeit aller bürgerlichen Kreise auf die Tatsache, daß neuerdings die sozialdemokratischen Gewerkschaften dadurch ihre Macht zu vergrößern bestrebt sind, daß sie Tarifverträge mit Arbeitgeberverbänden abschließen, kraft welcher nicht-sozialdemokratisch organisierte Arbeiter von der Beschäftigung in den Betrieben der vertragsschließenden Unternehmer ausgeschlossen werden. Muß es schon wunder nehmen, daß Arbeiterorganisationen derartige Verträge vorzulegen den Mut haben, so ist unsere Entrüstung darüber noch viel größer, daß die Arbeitgeberorganisationen um des lieben Friedens willen vor der gewerkschaftlich organisierten Sozialdemokratie die Waffen strecken, obwohl sie von der politisch organisierten Sozialdemokratie nach wie vor aufs heftigste bekämpft werden. Wir richten die ernste Bitte an die Unternehmer, allen Versuchen von sozialdemokratischer Seite, ihnen solche Tarife aufzubringen, mit größter Entschiedenheit zu begegnen, und legen die bestimmte Erwartung, daß alle Kreise des Bürgertums — ganz gleich, welcher Parteirichtung sie angehören — die nicht-

sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen in ihrem Kampf um Entwicklungsfreiheit unterstützen möchten.“

Der Appell dieser Minimalorganisation an die Unternehmer kennzeichnet die Bedeutungslosigkeit, auf die die evangelischen Arbeitervereine herabgesunken sind, recht deutlich. Ihre Entwicklung ist längst eine rückläufige geworden. Und da sie von niemanden mehr beachtet werden und selbst bei den Unternehmern keine Nummer mehr haben, glauben sie es noch einmal mit einer allgemeinen Verdächtigung der freien Gewerkschaften versuchen zu müssen, aber auch hierbei wird nicht so viel Feuer entstehen, um daran das evangelische Arbeitervereinsstüppchen noch eine Zeitlang notdürftig aufwärmen zu können. So lange nicht der Sächsische Landesverband nachweist, wo von den Arbeiterorganisationen die tarifliche Ausschließung Anders- oder Nichtorganisierten von der Beschäftigung verlangt ist, bezeichnen wir diese Behauptung als eine grobe Unwahrheit.

43 200 Mitglieder zählt die amerikanische Zigarrenmachergewerkschaft (Cigar Makers International Union) nach den Angaben des Berichts, den der Präsident und der Sekretär des amerikanischen Arbeiterbundes an dessen Jahresversammlung erstattete.

Die englischen Arbeiter im Jahre 1910. Seit Mitte 1907 und während des ganzen Jahres 1908 hatte die Arbeitslosigkeit infolge der Krise zugenommen. Der höchste Stand wurde im September 1908 mit 9,5 Prozent erreicht, gegen 4,2 Prozent im gleichen Monat 1907, 7,1 Prozent im Oktober 1909 und 4,4 Prozent im Oktober 1910. Im Jahresdurchschnitt wurden in den Jahren 1906 bis 1910 als arbeitslos registriert: 3,6 Prozent, 3,7 Prozent, 4,7 Prozent. Als Unterlage für diese Zahlen dienten die Berichte von Gewerkschaften, die rund 700 000 Mitglieder zählten.

Lohnänderungen wurden im Jahre 1910 für 534 119 Arbeiter, die im ganzen eine wöchentliche Netto-Lohnerhöhung von 13 891 Pfund Sterling erhielten, während die im Jahre 1909 an Lohnänderungen beteiligten 1 151 762 Arbeiter noch einen Netto-Verlust von wöchentlich 69 120 Pfund erdulden mußten.

Im Jahre 1908 waren die Löhne der an der Statistik beteiligten Arbeiter um netto 61 683 Pfund für die Woche gesunken, 1909 um 69 120 Pfund, zusammen also um 130 803 Pfund, während die Nettozunahme im Jahre 1910 nur 13 891 Pfund betrug, so daß die beteiligten Arbeiter zurzeit nur 117 000 Pfund oder 2 340 000 Mk. wöchentlich niedriger stehen als am Jahresabschluss 1907, trotzdem hier nur organisierte Arbeiter in Frage kommen und die Gewerkschaften mit allen Mitteln eine Verschlechterung zu verhindern trachteten. Wie mag es da erst bei den Unorganisierten aussehen! Dabei stiegen die Lebensmittelpreise seit dem Vorjahre um 1,7 Prozent, seit 1907 um 4,1 Prozent.

Ein wenig erfreulicher sieht es auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung aus. Während 3068 Personen eine Verlängerung von 5414 Stunden wöchentlich annehmen mußten, erlitten 18 341 Personen Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 43 393 Stunden.

1910 fanden 406 Arbeitseinstellungen statt, an denen 508 538 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren. Zu Beginn des Jahres waren 26 Arbeitseinstellungen des Vorjahres noch nicht erledigt. Infolge dieser Arbeitseinstellung wurden fast 9 1/2 Millionen Arbeitstage verloren; die Zahl der Beteiligten hat seit 1893, dem Jahre des großen Bergarbeiterstreiks, in allen Revieren keine solche Höhe wie 1910 erreicht! Die größten Kämpfe des Jahres spielten sich im Kohlenbergbau (115 000 Beteiligte) aus Anlaß der Durchführung des neuen Bergwerkesgesetzes, in der Textil- und in der Schiffbauindustrie ab.

Fast 5 Prozent der gesamten industriellen Bevölkerung des vereinigten Königreichs waren im Jahre 1910 an Arbeitsausstellungen beteiligt. Und trotz dieser verzweifelten Kämpfe hat sich die Lebenshaltung der englischen Arbeiter in den letzten Jahren ganz bedeutend verschlechtert; deshalb werden die Arbeitskämpfe in der aufsteigenden Konjunktur zweifellos ganz gewaltig zunehmen.

Die belgischen Gewerkschaften hielten an den Weihnachtsfeiertagen ihren 12. Jahreskongress im Volkshaus zu Brüssel ab. Es waren 205 Delegierte anwesend. Der Bericht des Sekretärs konstatierte einen Rückgang der Mitgliederzahl um etwa 8 Prozent, der hauptsächlich auf Rechnung der Bauarbeiter, der Kohlengräber des Centre und der Textilarbeiter von Verviers zu setzen kommt. Die Ursachen des Rückgangs werden, wie aus der Debatte hervorging, in der abgelaufenen Krise und einem teilweisen Sinken der Löhne sowie der Zentralisation der Gewerkschaften und der Erhöhung der Mitgliederbeiträge gesucht. Daneben wurde auch ein tatsächlicher Rückgang auf das bestimmteste bestritten und behauptet, daß die Vereine in letzter Zeit bei weitem nicht für alle ihre Mitglieder Steuern. Damit sind die wunden Punkte der belgischen Gewerkschaftsbewegung berührt und zugleich die Gründe gegeben, warum der Kongress in den Organisationsfragen keine markanten Fortschritte aufweist. Die Bewegung für eine Zusammenfassung aller Kräfte und eine Erhöhung der Beiträge gewinnt stetig an Terrain, aber ihre Gegner liefern immer noch Mißzugesprüche, die ein rasches Vorgehen verhindern. Der Beitrag an die Gewerkschaftskommission betrug früher 5 und beträgt jetzt 10 Centimes im Jahr für das Mitglied. Das ist anerkanntermaßen viel zu wenig bei den großen Aufgaben der Zentrale, und dem Kongress lag deshalb ein Antrag vor, den Beitrag auf 20 Centimes jährlich zu erhöhen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Gewerkschaftskommission habe ein Referendum über die beantragte Beitragserhöhung zu organisieren, die — im Falle der Bejahung — am 1. Juli 1911 in Kraft treten soll. Auch der jährliche Beitrag von 60 Centimes zum zentralen Widerstandsfonds für Streiks und Aussperrungen ist zu niedrig bemessen. Eine ergänzende Bestimmung, daß die Kommission im Bedarfsfalle mehr erheben dürfe, sollte durch einen Antrag der Vollwäcker von Verviers, einer syndikalistischen Organisation, eingeschränkt werden, der die höchste Leistung eines Mitglieds auf 1.20 Frank im Jahre fixiert hätte. Nach einer lebhaften Debatte wurde der Antrag mit überwältigender Majorität verworfen.

Zu der wichtigen Frage der Verschmelzung der Berufsverbände zu Industrieverbänden kam man zu keinem Schluß. Im Prinzip ist jedermann dafür, und tatsächlich ist auf verschiedenen Gebieten eine erfreuliche Konzentration im Werke, aber für eine systematische Durchführung seien — so wird behauptet — die Berufsorganisationen noch nicht reif genug. Der Gegenstand wurde der Gewerkschaftskommission zum weiteren Studium überwiesen. Auch in bezug auf die Arbeitervermittlung konnte man sich nicht einigen. Es waren zwei Richtungen vertreten. Die eine verlangte die Errichtung von Arbeitsbüros durch die Gemeinde mit paritätischer Verwaltung, Vermittlung nur auf Grund der von den öffentlichen Gewalten festgesetzten Mindestlöhne und Einstellung der Vermittlung bei Streiks und Aussperrungen. Die andre fordert eine Arbeitsvermittlung ausschließlich durch die Gewerkschaften und läßt paritätische Arbeitsbüros nur als Ergänzung und im Ubergangsstadium gelten. Nach langen Debatten wurde das Bureau der Gewerkschaftskommission beauftragt, eine Umfrage über die bestehenden Ar-

betriebsstellen und ihre Tätigkeit zu veranlassen und dem nächsten Kongress darüber Bericht zu erstatten und Vorschläge zur Erleichterung und Organisation von Arbeitsbüros zu machen.

Zu dem Punkt Heimarbeit lagen eine ganze Reihe von Anträgen vor, die aber nichts Neues enthielten. In einer Resolution erklärt sich der Kongress als unerbittlicher Gegner der Heimarbeit und fordert die Arbeitgeber und die Gewerkschaften auf, alle gesetzlichen Maßnahmen zu unterstützen, die auf ein Verschwinden dieser Produktionsform hinwirken. — Ein Antrag, dem Kongress in Zukunft nur noch alle zwei Jahre abzuhalten, wurde nach lebhaftem Für und Wider verworfen. Einmütig waren alle Richtungen in einer Solidaritätskundgebung für den zum Tode verurteilten — nun zu sieben Jahren Gefängnis „begnadigten“ — Durand.

Rede des Abg. Stadthagen

im Reichstag über die Anwendung des Erpresserparagraphen gegen freitrende Arbeiter usw.

Meine Herren, dieser Punkt ist wohl der wichtigste in der gesamten Vorlage, insofern er ein Gebiet anschnit, welches nicht nur für die Arbeiterklasse — in erster Linie freitrend für diese —, sondern, ich möchte sagen, für jedermann von der allererheblichsten Bedeutung ist. Wir haben wiederholt im Reichstage darüber Klage führen müssen — ich entsinne mich, daß ich schon Anfang der 90er Jahre den Beifall der Mehrheit bei meinen diesbezüglichen Ausführungen fand —, daß das Reichsgericht den Begriff der Erpressung im § 253 des Strafgesetzbuchs in einer Weise ausgelegt hat, die geradezu eine Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter und eine Bedrohung ehrbaren Handels und Wandels nach allen Richtungen hin darstellt. Diese Rechtsprechung des ausführenden darzulegen, soll meine Aufgabe nicht sein, weil dazu etwas längere Zeit gehören würde, als mir heute Stimme zur Verfügung steht, dann auch deswegen nicht, weil ich galube dar, daß die Materie wenigstens in großen Zügen den Herren durchaus bekannt ist. Ich werde nur einige wenige Beispiele mir hier anzuführen gestatten, aber nicht ausführlich diese Dinge darlegen.

Mein Freund Heine und ich und auch meine übrigen Freunde haben wiederholt auf die Ungeheuerlichkeit hingewiesen, die darin liegt, daß das Koalitionsrecht durch eine eigentümliche Auslegung des § 253 geradezu aufgehoben worden ist. Diese Auslegung wird abgeleitet aus dem heutigen Wortlaut des § 253. Selbst die Regierung hat ja anerkannt, daß hier eine Auslegung vorliegt, die im allgemeinen Interesse bringende Hilfe erfordert. Es ist schon in früheren Jahren, nachdem anfänglich die Reichsregierung erklärt hatte, alles, was wir vorbringen, seien nur vereinzelte Urteile, allmählich leitens der Reichsregierung anerkannt, daß auf diesem Gebiete ein Unrecht besteht, das der gesunden Rechtsempfindung geradezu widerspricht und ihr ins Gesicht schlägt. Denn nach dieser Rechtsprechung steht es so: zwar sagt das Strafgesetz: du darfst streiken, aber derjenige, der anständig, daß er von seinem Recht Gebrauch macht, wird als Erpresser bestraft. Meine Herren, als Erpresser, also wegen des niedrigsten, verwerflichsten Verbrechens, das man sich denken kann! Das Erpresserdelikt, angewendet auf ehrbare Arbeiter, die mit dem Arbeitgeber verhandeln wollen und ihm dabei erklären, wenn diese oder jene Bedingung nicht erfüllt werde, würden sie zu ihrem Bedauern gezwungen sein, in Streik, in Sperrung usw. einzutreten! Diese Rechtsprechung hat infolge unfreier Niedrigerhängens nicht nur bei der Reichsregierung, sondern sie hat die allergrößte Mißbilligung, ich darf sagen, bei so ziemlich allen praktischen und gelehrten Juristen gefunden.

Es ist die falsche Rechtsprechung, erwachsen aus jener Zeit, in der der Minister v. Puttkamer erklärte, hinter jedem Streik laure die Hydra der Revolution. Im Jahre 1887 erging das erste Urteil des Reichsgerichts, welches einen Arbeiter bestrafte — ich glaube, er hieß Sempel —, weil er einen Arbeitgeber, einen Tischler, darauf aufmerksam gemacht hatte: Sie müssen die Tarifvereinbarung einhalten; wenn Sie den von Ihnen ausgebilligten Tarif nicht einhalten, dann werden wir zu unserm Bedauern gezwungen sein, die Sperrung auszusprechen. Das wurde in höchlichster Weise geschrieben. Daraus wurde gemacht: dies Schreiben enthalte eine Erpressung! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Denn eine Erpressung liegt vor, wenn jemand in der Absicht, sich oder einem andern einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung jemanden nötigt. Meine Herren, das war nur möglich, indem sowohl der Begriff des rechtswidrigen Vermögensvorteils als der Begriff der Drohung in einer Art und Weise ausgelegt wurde, die dem gesunden Menschenverstand und der bis dahin üblichen Art und Weise der Auslegung geradezu ins Gesicht schlägt. Es wurde nämlich erklärt, rechtswidrig sei der Vermögensvorteil, auf den zurzeit kein Recht besteht; es habe jener Bevollmächtigte der Tischlergewerkschaften kein Recht darauf, daß der Tarif von dem andern eingehalten werde, daß bestimmte Löhne gezahlt werden. Sechs Monate Gefängnis werden gegeben. Seit diesem Erkenntnis ist eine Reihe von Erkenntnissen in gleicher Richtung ergangen. Ich werde noch einige zur Skizzierung der Art, wie sie ergangen sind, und um damit unsern Antrag zu begründen, herausgreifen.

In dem Erkenntnis, das als grundlegend immer hingestellt wird — Sie finden es in den Entscheidungen des Reichsgerichts, Band 21; gesprochen ist es im Oktober 1900 —, wurde vom Reichsgericht dargelegt, der Arbeiter, der Streiks oder Sperrandrohungen, die Aufhebung einer Sperrung oder der Zahlung einer bestimmten Lohnsumme abhängig macht, erstrebe einen rechtswidrigen Vermögensvorteil; denn er habe zur Zeit der Drohung noch kein Recht auf einen höheren Lohn, ebensowenig ein Recht auf Einstellung. Diese Rechtsvertrugung in den niederen und höheren Instanzen ist so weit ergangen, daß Urteile ergangen sind wie das, das gegen den Maurer Duda gefällt wurde. Duda hatte insgesamt 60 Pfennige mehr an Lohn verlangt; er hatte die Erhöhung von 43 Pfennige Stundenlohn auf 45 Pfennige unter Androhung einer Sperrung begehrt, weiter nichts. Er ist also nicht sofort in einen Streik getreten, sondern hat verhandelt, und nun sagt das Gericht: wir bedauern, wir müssen das als eine Erpressung erachten; denn zurzeit hast du noch nicht auf 45, sondern auf 43 Pfennige einen Rechtsanspruch, es ist also ein rechtswidriger Vermögensvorteil, den du erstrebst, wenn du 45 Pfennige durch die Drohung verlangst, daß du sonst sperrst wirst; es ist das die Androhung eines Übels, du darfst das Übel anwenden, aber nicht androhen; das sei eine Erpressung, — und der ehrliche Arbeiter wurde mit 6 Wochen Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust bestraft. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ich glaube, das ist der einzige Fall aus dieser gemißhandelten Rechtsanschauungsjudikatur, daß sogar auf Ehrverlust erkannt wurde.

Es wurden die ersten Versuche, gesetzgeberisch dagegen anzukämpfen, im Reichstage gemacht. Bei Gelegenheit der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches wurde von uns ausdrücklich ein Antrag gestellt, dessen Sinn dahin ging, daß unter keinen Umständen für rechtswidrig die Ausübung des Koalitionsrechts, die Erstrebung von Vorteilen durch Arbeitsverträge erachtet werden dürfe. Später, im Jahre 1899, wurden weitergehende Anträge von uns gestellt, die wohl zur Diskussion, aber nicht zur Annahme gelangten.

Nun hat schließlich die Reichsregierung dazu übergehen müssen, einen Vorschlag zu machen; sie erklärt, sie wolle durch diesen Antrag, dem die Kommission beigetreten ist, den von uns beklagten Übelständen entgegenzutreten. Aber, meine Herren, tatsächlich geschieht das nicht, wenn die Kommissionsvorlage ange-

nommen würde, die sich mit der der Regierung deckt. Es würde meines Erachtens nur das eine eintreten, daß vielleicht Arbeitgeber nicht mehr unter der Gefahr stehen, wegen Erpressung angeklagt zu werden. Arbeitern gegenüber müßte die Vorlage nicht das geringste. Ich glaube, daß die Rechtsliteratur, die sich durchweg gewendet hat gegen die Auslegung des § 253 durch das Reichsgericht, nur dadurch in unsre Bahnen gelenkt worden ist, weil allmählich die Judikatur des Reichsgerichts nicht nur Arbeiter bedroht, sondern theoretisch auch Arbeitgeber. Arbeitgeber, die erklären: wenn diese oder jene Bedingung nicht erfüllt wird, so werden wir die Aussperrung vornehmen, — sind ja genauso als Erpresser zu behandeln wie die zu Unrecht verurteilten Arbeiter, wenn diese Judikatur des Reichsgerichts richtig wäre.

Aber weiter: der gesamte Handel und Wandel unterliegt ja durch eine solche Rechtsprechung einer beständigen Bedrohung. Und in der Tat haben wir gesehen, daß das Reichsgericht nicht bei den Arbeitern stehen geblieben ist. Es ist dazu übergegangen, diese falsche Theorie ganz allgemein anzuwenden. Das ist ja das Böse, daß ein Übel immer Böses weiter muß gebären. Es sind Handwerker bestraft worden, die während eines Baues nicht zurecht kamen und mit der Niederlegung der Arbeit drohten, wenn nicht höhere als die von ihnen falsch kalkulierten Preise gewährt würden. Wenn diese kleinen Handwerker, also dem Mittelstande angehörende Herren, erklärt hätten: wir erfüllen den Vertrag nicht, — und es auch wirklich nicht getan hätten und sich nicht auf Verhandlungen eingelassen hätten: kraftlos! Aber dadurch, daß sie baten, es möchten vernünftiger Preise vereinbart werden, widrigenfalls sie die Arbeit nicht weiter machen könnten: Bestrafung wegen Erpressung!

Ein Chemann — ich nehme nur wenige besondere Fälle, ich habe eine Menge hier, weit über hundert, ich will aber absichtlich nur einige herausgreifen, es liegt mir nur daran, darzulegen, daß weit über das Gebiet des Arbeiterrechts, wo eine derartige Rechtsprechung geradezu eine Vernichtung des Koalitionsrechts bedeutet, hinaus andre Rechtsverhältnisse getroffen werden — ein Chemann, der beabsichtigte, wegen unfittlicher Beleidigung seiner Ehefrau Strafanzeige zu erstatten, erklärte, als ein Bekannter des Beleidigers vermittelnd eingriff, er würde die Strafanzeige dann nicht erheben, wenn 150 Mark an die Armenkasse gezahlt würden, eine Vereinbarung, in der jeder nicht juristisch verbildete Mensch nicht anders als etwas ganz Ehrenhaftes finden würde. Der Chemann wurde wegen Erpressung angeklagt und bestraft, und die Strafe wurde vom Reichsgericht bestätigt. (Hört, hört! bei den Soz.)

In einem andern Falle handelte es sich um einen ähnlichen Beleidigungsprozess: es sollten 10 Mark an die Armenkasse gezahlt werden, widrigenfalls der Beleidigungsprozess weitergehen würde. Bestrafung ist eingetreten wegen Erpressung.

Ja, meine Herren, das ist doch geradezu eine Umkehrung aller sittlichen Begriffe, zu der man sich durch diese Judikatur des Reichsgerichts bekennt. Ich komme gleich darauf, daß die Beurteilung dieser Art Auslegung im Auslande ähnlich abfällig beurteilt wird.

Auch von Behörden, die das Recht zu fällen haben, wird genau in derselben Weise vorgegangen, wie in diesen Fällen die wegen Erpressung Bestraften vorgehen, so daß sie, wenn die Judikatur des Reichsgerichts richtig wäre, ebenfalls wegen Erpressung bestraft werden müßten, übrigens auch bestraft werden müßten, wenn die Kommissionsvorlage Gesetz würde. Vor wenigen Tagen — entsinnen Sie sich — wurde vor den Schranken des Reichsgerichts folgender Fall festgestellt. Der Sohn eines Kriminalbeamten, ein gewisser Weidemann, sollte bei den Moabiter Unruhen geschimpft haben, er soll Beleidigungen ausgeübt haben. Nun mündet sich der Staatsanwalt an die Polizei und sagt: hört mal, ich erfahre, daß das der Sohn eines Kriminalbeamten ist, geht das nicht anders zu machen, seht doch einmal zu, ob Ihr es nicht so machen könnt, daß eine Sühne gegeben wird! Die Polizei läßt den Schuttmann vor, und der Mann verspricht sich dazu, 25 Mark an die Schuttmannskasse zu zahlen, und dann soll der Strafantrag zurückgezogen werden. Meine Herren, das ist nach dieser Judikatur des Reichsgerichts, wie ich sie Ihnen eben an mehreren Fällen darlegte, eine Erpressung, wie sie im Buche steht. Wer wird das aber, der von vernünftigen Sinnen ist und nicht diese Judikatur kennt, für eine Erpressung halten?! In dem Falle Weidemann ist es ja nicht zur vollendeten Erpressung gekommen; aber versuchte Erpressung liegt unzweifelhaft vor, und es wird interessant sein, zu erfahren, ob der Staatsanwalt gegen den Beamten vorgehen und durchsetzen wird, daß er zu einer Strafe wegen Erpressung verurteilt wird. Daß ein Maurer, der statt 43 Pfg. 45 Pfg. Stundenlohn verlangte, nicht strafbar sein darf, diese Ansicht, glaube ich, ist Allgemeinut, und deshalb muß eine Form gefunden werden, die ähnlichen Verordnungen des Gesetzes einen Riegel vorschleibt. Das Auffällige ist bei allen diesen Sachen, daß dabei Anklagen gegen Arbeitgeber nicht vorgekommen sind.

Das Reichsgericht hat aber noch andre Wege eingeschlagen. Es ist interessant zu sehen, wie die Rechtsprechung unbewußt folgt den Strömungen, die Niederschlag finden in verkehrten Anschauungen einiger Minister oder Gesetzesvorlagen. Ich führte vorhin an, die erste verkehrte Anwendung des Erpresserparagraphen gegen Arbeiter befand sich in klarem Widerspruch zu früheren Entscheidungen des Reichsgerichts, und sie fand statt zu einer Zeit, wo Herr v. Puttkamer den Ausspruch tat, hinter jedem Streik laure die Hydra der Revolution. Ein weiterer Weg der Ausweitung des Erpressungsbegriffs datiert aus der Zeit der Zuchthausvorlage. Seit jener Zeit ist man noch auf weitere Gebiete gekommen, um Arbeiter wegen Erpressung zu bestrafen. Sie erfolgte nunmehr bei Arbeitern, die Mitglieder zu ihrer Organisation unter Drohung mit irgendeinem Übel gezwungen hätten. Und was ist nicht alles als Übel aufgefaßt worden! Die Worte „du wirst schon sehen“ oder „dein Nachteil ist es nicht, wenn du eintrittst“ genügen schon, um als in Aussicht gestelltes Übel betrachtet zu werden. Das Reichsgericht sagt ausdrücklich in mehreren Erkenntnissen: auch wenn die Drohung die Form eines Rates oder einer Warnung hat, liegt schon eine Bedrohung vor. Also wenn heute ein Arbeiter einem andern gegenüber erklärt: tritt der Organisation bei; ich kann dir nur dringend raten, der Organisation beizutreten, — so erklärt das Reichsgericht das als eine Bedrohung nach der Darlegung in seinem allerdings von allen Juristen getadelten Urteil, dessen Grundlinien aber dem preussischen Justizminister so vorzüglich erschienen, daß er dieses Urteil zur besonderen Nachachtung in dem Justizministerialblatt veröffentlichte. Es wird der Galgen des Erpresserparagraphen dem Arbeiter gegenüber aufgestellt, wenn er um Mitglieder wirbt, indem folgendermaßen bedroht wurde: rechtswidrig sei der Vermögensvorteil, den ein Arbeitskollege unter Drohung zum Beitritt zu seiner Organisation für den Verein anstrebe; denn auf den Beitritt und auf den Beitrag bestche noch kein Recht.

Daß die Gegenleistung, die der Verein gibt, doch in Betracht kommen muß, fällt dem Reichsgericht gar nicht ein, auszusprechen, wiewohl es früher wiederholt ausdrücklich die Rechtsprechung für töricht erklärt hat, die da sagte, wenn man einem Verein auf Gegenseitigkeit beizutreten veranlaßt wird unter Zwang oder Drohung, dann könne Erpressung vorliegen. Da sagte das Reichsgericht mit Recht, das sei nicht möglich, denn hier läge kein Vermögensnachteil vor. Es sei ja hier eine Gegenleistung durch den Verein selbst gegeben. Nun, meine Herren, da steht natürlich jede Wohlthätigkeitsgesellschaft oder jeder wohlthätige Verein unter dem Galgen des § 253, wenn diese Judikatur bestehen bleiben sollte.

Ich gehe nicht zu weit, wenn ich sage, diese juristische und moralische Vertrugung des Reichsgerichts auf diesem Gebiete des Kampfes gegen das Koalitionsrecht ist auch außerhalb Deutschlands als geradezu ungeheuerlich hingestellt. Ich darf da die

Motive zum norwegischen Strafgesetzbuch heranziehen. Diese Motive sagen folgendes:

Wenn man schlecht und recht jede Drohung, mit der etwas unberechtigt erreicht werden soll, als strafbar stempelt, so sind exorbitante Resultate zu befürchten. Die Mächtigkeit dessen scheint die deutsche Rechtspraxis in der schlagendsten Weise zu bestätigen. Denn dort hat man so erstaunliche Resultate erlebt, wie sie das Reichsgericht gegen Arbeiter ausgesprochen hat, die unter Drohung mit rechtlich zulässiger Arbeitsleistung den Arbeitgeber gezwungen haben, gewisse gegen einzelne Arbeiter getroffene Bestimmungen zu widerrufen — eine Bestrafung, die übrigens nicht einmal den Wortlaut des Gesetzes für sich hat.

Bei diesem norwegischen Strafgesetzbuch sind zweifellos die tüchtigsten Juristen auf internationalem Rechtsgebiet mit tätig gewesen. Ich darf auch aus der Literatur ganz kurz hinweisen, daß auch konservativere Juristen den verdammen Standpunkt, den ich in Kürze hier skizziert habe, mit Ausnahme weniger eingekommen haben, die mehr in der Praxis Juristen sind, die aber weniger als Theoretiker angesprochen werden können. Ich weise z. B. auf die Abhandlung von Professor Frank, Löwenfeld und Thurow hin. Auch der verehrte Geheimrechner Oberregierungsrat v. Tischendorf hat, wohl durch die fortwährenden Reichstagsdebatten über diesen Mißbrauch angeregt, über Koalitionszwang und Erpressung im gewerblichen Lohnkampf eine Abhandlung geschrieben, die wohl als Vorbereitung der Motive zu dem jetzigen Regierungsentwurf betrachtet werden kann; auch er gibt ohne weiteres zu: so geht es nicht weiter.

In der Tat steht es hier so, daß der Gesetzgeber sagt: du hast das Recht zur Koalition, zur Vereinigung; aber wenn du es anwendest, dann steht dir der Galgen des § 153 der Gewerbeordnung entgegen, und wenn du drohst, es anzuwenden, oder ankündigt, daß du es anwenden willst, dann wirst du als Erpresser bestraft; wenn du durch Verhandlungen suchst, einem Streik vorzubeugen, dann bist du ein gemeiner Erpresser. Verehrte Anwesende, das ist doch eine moralische Verkrümmung. Und da das Reichsgericht nicht davon abging, trotzdem der frühere Staatssekretär des Reichsjustizamts nach anfänglichem heftigen Sträuben in der ihm eigentümlichen vorsichtigen Weise betnahe hat durchblicken lassen, daß auch er diese Anschauung nicht ganz billigt, so muß hier eine gesetzliche Aenderung stattfinden. Es haben bereits Frank, Thurow und andre, vor allem Löwenfeld, darauf hingewiesen, daß Handel und Wandel geradezu unmöglich gemacht würden, wenn diese Anschauung des Reichsgerichts allgemein würde. Das Reichsgericht hat nun den Eigensinn des Irrenden, der, je mehr er darauf aufmerksam gemacht wird, daß er irrt, nun erst recht an dem Irrtum festhält

(Fortsetzung folgt.)

Berichte.

Bernburg. Die am 21. Januar im Gewerkschaftshaus abgehaltene Mitgliederversammlung war außerordentlich gut besucht und beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910; 2. Wahl der Ortsverwaltung; 3. Kartellbericht; 4. Verschiedenes. Die Einnahme im 4. Quartal betrug 749,21 Mk., die Ausgabe 706,86 Mk., mithin verbleibt am Schlusse des Quartals ein Barbestand von 42,35 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 96. In der folgenden Diskussion kritisiert der Kollege Vallentin einen Ausgabeposten von 1,70 Mark für persönliche Entschädigung des Kassierers. Die Versammlung stimmt jedoch der Abrechnung zu, da dieselbe im Wesentlichen des Ganleiters gemacht ist und dieser selbst den betr. Posten aufgegeben hat. Die Abrechnung der Lokalkasse wird ebenfalls den einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten nach vorgelesen und hat einen Barbestand von 65,94 Mk., sowie bei der hiesigen Bau- und Erwerbsgenossenschaft einen Anteil von 50 Mk. In der Diskussion über diese Abrechnung fordern einige Kollegen die Streichung des Ausgabepostens: Verwaltungsgebühr für den Kassierer in der Höhe von 2 Mk. Die Versammlung erklärt sich jedoch gegen 2 Stimmen auch mit dieser Abrechnung einverstanden. Des weiteren wird gegen 4 Stimmen beschlossen, auch in Zukunft dem Kassierer für die Verwaltung der Lokalkasse 2 Mk. Entschädigung pro Quartal zu gewähren. Der Aufforderung an den Kollegen Meyer (eingetragenes Mitglied der Bau- und Erwerbsgenossenschaft) von der Generalversammlung der Genossenschaft Bericht zu erstatten, konnte derselbe nicht entsprechen, da er in der Generalversammlung nicht anwesend war, was die Versammlung allgemein bedauerte. Die Wahl der Ortsverwaltung wurde durch Stimmzettel vorgenommen, und aus ihr gingen als gewählt hervor die Kollegen Guitas Fischer als 1. Bev., Gottl. Hache als 2. Bev., Emil Friedt als 3. Bev.; als Revisoren die Kollegen Sänisch, Mertig und Hirselorn. Der Kartellbericht wurde vom Kollegen Eichler gegeben und vom Kollegen Becker ergänzt; worauf beide Delegierte, in Anbetracht der Zusammenlegung der neugewählten Ortsverwaltung, Neuwahl der Delegierten beantragten, und ihre Wiederwahl ablehnten. Die Versammlung bestimmte hierauf die Kollegen Mertig und Meyer zu Kartelldelegierten. Im Punkt Verschiedenes wurde der Beschlusse der Entwurf eines neuen Reglements der Lokalkasse von der Verwaltung unterbreitet, wozu der Kollege Mertig beantragte, nach Schluß des laufenden Quartals eine Kommission zur definitiven Ausarbeitung des Reglements zu wählen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Kollege Becker wies darauf hin, daß der Ganleiter jetzt öfter zur Auffstellung der Abrechnung am Orte war und wünschte, daß derselbe lieber einmal einer Mitgliederversammlung hier beiwohnen möchte. Zum Schluß gab der 1. Bevollmächtigte der Versammlung eine Zuschrift des Vorstandes bekannt, nach welcher 37 Mitglieder am Orte je zwei Tage zwölf Arbeitslosenunterstützung erhalten haben. Es entstand hierüber eine sehr lebhafte Debatte, und die daran beteiligten Kollegen erklärten, soweit sie noch anwesend waren, mit dem Beschluß des Vorstandes nicht einverstanden sein zu können. Da sich die Versammlung schon stark gelichtet hatte, schloß der 1. Bevollmächtigte dieselbe um 12 Uhr.

Dahme. Im Lokal Kaisergarten fand am 14. d. M. eine Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom Theater; 2. Abrechnung vom 4. Quartal des vorigen Jahres; 3. Wahl der Bevollmächtigten; 4. Verschiedenes. Die Einnahme des Theaters am ersten Weihnachtstfesttag betrug 104 Mark, die Ausgabe 53,70 Mark, blieb somit ein Ueberschuß von 50,30 Mark, welcher dem Lokalfonds überwiesen wurde. Dem Lokalfonds wurden 180 Mark zugeführt, so daß derselbe eine Höhe von 309,47 Mark erreicht hat. Wie dem Bericht des Kassierers zu entnehmen ist, betrug die Einnahme 2550,75 Mark, die Ausgabe 1894,20 Mark, somit bleibt ein Barbestand von 656,55 Mark. Die Zahl der Mitglieder am Schlusse des Jahres betrug 310. Des weiteren gibt der Kollege Feister einen Bericht über die Bewegung des Mitgliederstandes im Jahre 1910. Als 1. Bevollmächtigter wurde dann Kollege Paul Detrich, als 2. Bevollmächtigter Wilhelm Feister, als 3. Bevollmächtigter Otto Mann gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Karl Feister, Paul Müller und Rudolf Hoppe gewählt. Unter Verschiedenes wurde die Wahl der Siebener-Kommission vorgenommen, und zwar gehören ihr an die Kollegen Paul Feister, Paul Müller, Albert Schulze, Rich. Krakowitsh, Rudolf Sternberg, Herrn. Lehmann, Karl Feister, Franz Ehrlich. Während die vier Erstgenannten der Kommission bereits früher angehört, wurden die drei Letzten neugewählt. Sodann bringt ein Kollege einen Fall zur Sprache, aus dem zu ersehen ist, daß die betreffenden Kollegen nicht einwandfrei gehandelt haben, und sollen dieselben im Laufe der Woche zu einer Sitzung zwecks Aussprache geladen werden. Es ist ja bedauerlich, daß von 310 Mitgliedern ganze 30 Kollegen erschienen waren. Nach der

Reichsfinanzreform im Jahre 1909 hat jedoch jeder Tabakarbeiter die Pflicht, durch sein Erscheinen in den Versammlungen tatkräftig mitzuwirken, damit seine Existenz nicht noch weiter verschlechtert, sondern endlich auch einmal wieder aufgebessert wird.

Brieg. Am 16. Januar fand beim Gastwirt Hoffmann, Fischerstraße, unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910 und Jahresabrechnung; 2. Jahresbericht; 3. Wahl der Ortsverwaltung; 4. Kartellbericht und Wahl von drei Kartelldelegierten; 5. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom Kassierer verlesen. Es ergab sich eine Einnahme von 851.05 Mark und eine Ausgabe von 758.78 Mark, blieb Bestand 92.27 Mark. Die Einnahme der Lokalkasse betrug inklusive Bestand vom vorigen Quartal 239.24 Mark, die Ausgabe 75.90 Mark, bleiben als Bestand 163.34 Mark. Im Jahre 1910 waren folgende größere Ausgaben zu verzeichnen: An Arbeitslosenunterstützung wurden 206.80 Mark ausbezahlt; an Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung 1335.65 Mark; an den Vorstand gefandt 1100 Mark. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1910 139 und am 1. Januar 1911 137. Die Abrechnung wurde von den Revisoren geprüft und in bester Ordnung befunden. Hieraus wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Den Gesamjahresbericht erstattete Kollege Klefisch. Er schilderte ausführlich die Bewegung der hiesigen Zahlstelle im verflossenen Jahre. War auch das Jahr 1910 nicht dazu geeignet, neue Vorteile für uns Tabakarbeiter zu bringen, so wollen wir doch im neuen Jahre vielleicht das erringen, was wir im alten Jahre durch die Tabaksteuer einbüßen mußten. Hieraus wurde zur Vorstandswahl übergegangen. Als Vorsitzender wurde Oswald Klefisch, als Kassierer Karl Wagner und als Schriftführer Wilhelm Schneider wiedergewählt. Als Kontrollreure wurden gewählt Paul Maluche, Wilh. Seidel, Julius Schmidt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Schneider; er berichtete ausführlich über die Verhandlungen des Brieger Gewerkschaftskartells im zweiten Halbjahr 110. Als besondere Punkte sind hervorzuheben die Arrangierung des Gewerkschaftsfestes, die Agitation für den Konsumverein. Auch wurde beschlossen, mehr Bildungsvorträge wie bisher für die Arbeiterschaft abzuhalten. Unter Verschiedenem wurde von einem Kollegen besonders der Beitritt in den Konsumverein empfohlen. Sind die drei Korporationen gestärkt, dann können wir zur Reichstagswahl in diesem Jahre auch im hiesigen Wahlkreise ein anderes Resultat erzielen. Weiter wurde die Interesseloseigkeit der Kollegen sehr gerügt, besonders der Kollegen und Kolleginnen bei der Firma Herold u. Maier. Von 40 organisierten Kollegen und Kolleginnen ist nur ein Kollege in der Versammlung anwesend gewesen. Hoffentlich wird das in Zukunft anders.

Ebenloben. Die hiesige Zahlstelle hielt ihre Generalversammlung am 21. Januar bei Adam Schneider ab. Der 1. Vorsitzende eröffnete die Versammlung und erteilte dem Kollegen Kurb das Wort zur Verlesung der Abrechnung, welche von der Versammlung gutgeheißen wurde. Bei der Wahl der Bevollmächtigten wurden gewählt: 1. Bevollm. Heinrich Jaagt, 2. Johann Perb, 3. Friedrich Klein. Als Revisoren: Barbara Klein, Ludwig Schüpfer, Karl Kleinhaus. Dann wird noch darauf hingewiesen, daß am Sonnabend, den 28. Januar, im Lokal des Adam Schneider von Kollegen Stock aus Heidelberg eine Versammlung abgehalten wird, zu welcher sämtliche Tabakarbeiter der Zahlstelle Ebenloben eingeladen sind.

Enger. Am 15. Januar fand bei Gastwirt Hillingshorst eine Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbands statt. Der Jahreskassenbericht zeigte recht deutlich die Folgen der Tabaksteuer. Von der Verwaltung Enger wurden für Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1910 ausgegeben 1175.18 M., an Fahrgehalt und Rechtschutz 13.40 M., an Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung 1509.35 M., Darlehen an Mitglieder 160 M., an Notstandsunterstützung 154 M., an Beihilfe zur Staatsunterstützung 698.71 M. Mit dieser Summe von 3750.64 M. ist mancher Not und manchem Elend gesteuert worden. Die organisierten Tabakarbeiter von Enger wissen, welche Stütze ihnen der Deutsche Tabakarbeiterverband gewesen ist. Wenn auch alle Quellen verjagten, der Vorstand des Verbands wußte immer Mittel und Wege, seine Mitglieder vor der größten Not zu bewahren. Allein an Krankenunterstützung wurden 1509.35 M. ausgegeben. Der christliche Tabakarbeiterverband hat für seine sämtlichen Mitglieder im Jahre 1909 nur 4806 M. an Krankengeld ausgegeben. Danach würden drei Zahlstellen wie Enger fast die gesamte Krankenunterstützung des christlichen Tabakarbeiterverbands verbrauchen. An Reise- und Arbeitslosenunterstützung wurden vom christlichen Verband ausgezahlt 1803 M.; in Enger wurde an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt (nur für Mitglieder am Orte) 1175.18 M. Können die Christlichen ihren Mitgliedern solche Unterstühtungen zahlen? Nein, weil ihnen eben die Mitglieder und damit die Einnahmen fehlen.

Hodenheim. Am 14. Januar fand im Lokale Gasthaus zum Adler eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand Abrechnung vom 4. Quartal; Wahl der Verwaltung und Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskartell. Der 2. Bevollmächtigte Bischof verlas die Abrechnung; eine Diskussion fand nicht statt. Hieraus gab der 1. Bevollmächtigte Kraus einen längeren Bericht. Daraus ging hervor, daß wir auch in dem verflossenen Jahre Fortschritte gemacht haben; die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 380 (1909: 281). Am Schluß betonte er noch, daß in dem neuen Jahre uns schwere Kämpfe bevorstehen, daß die ganze Situation eine gespannte ist, wie nie zuvor. Die Reihen der Kämpfer müssen daher immer dichter werden; dazu bedarf es der größten Anspannung. Alle Mann auf die Schanzen! Nur dann, wenn jeder seine Schuldigkeit tut, kann man den Sieg unfer sein. Sodann wurde zur Wahl geschritten. Als 1. Bevollmächtigter wurde gewählt Heinrich Kraus, als 2. Karl Bischof, als 3. Fritz Wetterauer. Als Kontrollreure wurden gewählt Chr. Auer, Fritz Walter und Sophie Ronze. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen Georg Sommer, Joseph Ronze, Chr. Auer und Jakob Böhm gewählt. Mit einem Appell an die Mitglieder, unser diesjähriges Stiftungsfest zu besuchen, welches am 14. Februar, abends 8 Uhr, stattfindet, schloß der 1. Bevollmächtigte die Versammlung.

Karlruhe. Am 14. Januar tagte in der alten Brauerei Ged eine Mitgliederversammlung. Leider waren nur wenige Kollegen erschienen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Kollegen von Karlruhe und Umgebung zahlreicher erschienen würden. Die Tagesordnung lautete: 1. Innere Angelegenheiten; 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1910; 3. Vorstandswahl; 4. Kartellbericht. Da der 1. Punkt ohne besondere Vorfälle erledigt wurde, ging man zum 2. Punkt über. Die Abrechnung wurde vom 2. Bevollmächtigten, Kollegen Winkler, gegeben und nach dem Vortrag von der Versammlung Dank und Entlastung erteilt. Im Anschluß hieran gaben die Kollegen Bergemann und Winkler ihren Tätigkeitsbericht in der Verwaltung. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Bergemann als 1., Winkler als 2., und Mummert als 3. Bevollmächtigter wiedergewählt. Als Kontrollreure wurden die Kollegen Brühlmüller, Steltner und Metzger gewählt. Den Kartellbericht gab Kollege Bergemann in ausführlicher Weise. Den Kollegen und Kolleginnen rufen wir zu: Erscheint zahlreicher in den Versammlungen!

Koburg-Steinbach. Am 15. Januar fand in den Räumen der Neuen Welt in Koburg eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Koburg-Steinbach mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1910; 2. Wahl des Vorstandes; 3. Verschiedenes. Einnahme: 227.07 Mark, Ausgabe: 134.43 Mark, Kassenbestand: 92.62 Mark. Laut Beschluß der Versamm-

lung wurden an den Hauptvorstand 70 Mark gefandt. Nachdem die Belege und Marken geprüft und für richtig befunden waren, wurde unserm 2. Bevollmächtigten Georg Geißel Decharge erteilt. Gewählt wurden Georg Geißel als 1., Georg Geißel als 2., Franz Rudek als 3. Bevollmächtigter. Als Kontrollreure wurden die Kollegen Otto Illig, Joseph Rödel und Frau Luise Geißel gewählt. Als Kartelldelegierte wurden für Koburg Kollege Karl Vog, für Sonneberg Franz Rudek bestimmt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Unter Verschiedenem wurde noch der Lokalkasse gedacht. Selbige wies einen Barbestand von 12.37 Mark auf. Es wurde beschlossen, die Kartellbeiträge für die Kollegen und Kolleginnen aus der Lokalkasse zu befreien. Die nächste Mitgliederversammlung ist auf den 23. April festgesetzt und soll diese in Steinbach und Sonneberg stattfinden. Wir eruchen deshalb schon im voraus um eine regere Beteiligung an derselben. Sämtlich der Kollegen in Oberfranken.

Kottbus. Die am 22. Januar im Restaurant Keil abgehaltene Mitgliederversammlung war auch von mehreren auswärtigen Kollegen besucht. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung; 2. Wahl der dem Vorstande in Vorladung zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollreure; 3. Kartellbericht und Wahl von Delegierten; 4. Verschiedenes. Der 2. Bevollmächtigte gab die Abrechnung vom 4. Quartal 1910 bekannt. Diefelbe verzeichnet eine Einnahme von 392.11 Mark und eine Ausgabe von 253.32 Mark, so daß ein Kassenbestand von 138.79 Mark verblieb. Die Gesamtabrechnung des Jahres 1910 ergab eine Einnahme von 1230.43 Mark und eine Ausgabe von 1100.64 Mark, nebst dem Kassenbestande von 138.79 Mark. Ausgegeben wurden für Arbeitslosenunterstützung 388.10 Mark, Fahrgehalt 9.40 Mark, Sterbunterstützung 40 Mark, Unterstützung an Kranke und Wöchnerinnen 79.05 Mark, Notunterstützung 15 Mark, für Lohnbewegung ohne Arbeitseinstellung 11.30 Mark, Verwaltungskosten 80.67 Mark, Porto und Schreibmaterial 38.37 Mark, für Agitation 3.75 Mark und an die Hauptkasse gefandt 440 Mark. Im Durchschnitt waren wir im Jahre 1910 47 Mitglieder, 12 weibliche und 35 männliche. Die Lokalkasse hatte im Jahre 1910 eine Einnahme von 98 Mark (inkl. des Bestandes vom Vorjahre in Höhe von 25.40 Mark) und eine Ausgabe von 65.20 Mark, so daß ein Bestand von 32.80 Mark verbleibt. Von den Kontrollreuren, welche die Abrechnungen geprüft und alles in bester Ordnung gefunden haben, wurde beantragt, dem 2. Bevollmächtigten die Entlastung zu erteilen, was auch geschah. Dann erstattete Kollege Hübner Bericht von zwei Kartellbesprechungen. Eine der Sitzungen hat mit dem Spremberger Kartelldelegierten gemeinsam stattgefunden, wobei an Stelle des von Kottbus weggegangenen Arbeiterssekretärs Tabert der jetzige Arbeiterssekretär August Lehmann gewählt worden ist. Ueber die im Dezember abgehaltene Kartellbesprechung berichtet Kollege Vogel und hebt beim Bericht besonders hervor, daß im Kartell beschlossen wurde, einen Arbeiterführer für Kottbus herauszugeben. Hierzu soll jede Gewerkschaft einen kurzen Abschnitt ihrer Geschichte an das Gewerkschaftskartell einreichen. Kollege Vogel hat bereits einen kurzen Bericht verfaßt. Dieser wird verlesen und von der Versammlung gutgeheißen. Aus ihm ist zu ersehen, daß unsere Zahlstelle bereits im Jahre 1883 gegründet, im Jahre 1888 auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst und im Jahre 1890 neu gegründet worden ist. Zurzeit werden in Kottbus in 21 Betrieben 44 männliche und 42 weibliche, zusammen also 86 Personen in der Tabakindustrie beschäftigt. Die Zahl der beschäftigten Personen ist in den letzten Jahren ganz erheblich zurückgegangen, denn noch im Jahre 1904 wurden in 22 Betrieben 138 Personen beschäftigt. Auch unsere Mitgliederzahl in Kottbus ist von 48 im Jahre 1904 auf 32 im Jahre 1910 zurückgegangen. Aus diesem Grunde hat auch die Versammlung eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Kath. Hübner, Vogel und Fritz Stiller gewählt, welche eine Hausagitation zur Gewinnung neuer Mitglieder unternehmen soll. Auch die anwesenden weitere Kollegen versprachen, für Gewinnung neuer Mitglieder in Peitz zu wirken. In die Ortsverwaltung wurden die alten Kollegen wiedergewählt. Als Kontrollreure werden Rebel, Supan und F. Stiller gewählt. Auch der bisherige Kartelldelegierte, Kollege Hübner, wurde wiedergewählt. Alsdann wurde nach einigen Erklärungen des 1. Bevollmächtigten über das in nächster Zeit in Aussicht stehende die Versammlung geschlossen.

Oberhausen (Hild). Am 15. Januar fand hier eine gute besuchte Versammlung statt. Verschiedene Gründe haben es notwendig gemacht, wieder eine neue Vorstandswahl vorzunehmen. Es wurden Phil. Wilhelm als 1. Bevollm., Gerh. Fehlings als 2. Bevollm. und Anna van der Voeh als Schriftführer gewählt. Als Kontrollreure fungieren die Kollegen Ant. Berknig, Fritz Jungmann und Fritz Reichel. Als Kartelldelegierter wurde unser neuer Leiter der hiesigen Zahlstelle, Phil. Wilhelm, bestimmt. Derselbe machte in seinem Schlusswort darauf aufmerksam, daß alle Kollegen und Kolleginnen treu Hand in Hand gehen sollten und dafür Sorge tragen, unsern Verband in die Höhe zu bringen. Hier herrscht großer Arbeitsmangel, infolge dessen haben schon mehrere Kollegen aufhören müssen und mehreren ist gekündigt worden.

Oslau. Am 9. Januar fand in der Restauration von Herrn Wöhe eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung; 2. Wahl des gesamten Vorstandes; 3. Bericht der Kartelldelegierten und Wahl derselben; 4. Verschiedenes. Die Jahresabrechnung hat folgendes ergeben: Arbeitslosenunterstützung ist ausgezahlt worden an 175 Mitglieder 1487.92 M., Krankenunterstützung an 202 Mitglieder 3487.20 M., Umzugskosten an 6 Mitglieder 89.85 M., Reiseunterstützung 29.30 M. Die Einnahme der Lokalkasse beträgt 309.33 M., die Ausgabe 201.78 M., bleibt also ein Bestand von 107.55 M. In den Vorstand wurden gewählt: Reinhold Klipisch als 1. Vorsitzender, Emanuel Langner als Kassierer, Verta Vogel als Schriftführerin; als Revisoren: Franz Broda, Rutte Schmidt, Elisabeth Nothher. Gewählt wurden als Kartellkassierer: Fabrik August Peter; Franz Broda; Fabrik Georg Peter; Theresie Langner; Fabrik Otto Peter; Anna Neumann; Fabrik Wendriner; Franz Broda; Fabrik Kaiser; Elisabeth Nothher; Fabrik Gellhorn; Paul Ruhm; Fabrik Schmidt; Emma Günzel. Nachdem Kollege Vogel den Kartellbericht erstattet hatte, wurden folgende Kollegen und Kolleginnen ins Kartell gewählt: Luise Schmidt, Elisabeth Nothher, Verta Vogel, Reinhold Klipisch, Emil Langner, Franz Broda. Kollege Langner sprach über die Veränderungen im Statut und ging dann auf die Fabrikbesprechungen ein und forderte, wenn solche einberufen würden, so möchten sie recht gut besucht sein. Kollegen und Kolleginnen, wir alle kämpfen den Kampf um Dasein. Viel Arbeit und wenig Lohn ist unser Los im Lebenslauf. Durch den Gewinn, den die Fabrikanten aus unsrer Arbeitskraft erzielen, ist es ihnen möglich, sich ein Vermögen zu erwärigen. Unser einziges Vermögen ist unsre Arbeitskraft, und die müssen wir noch dem Fabrikanten geben, wir müssen für ihn arbeiten, um leben zu können. Jeder Kollege und jede Kollegin hat aber die Pflicht, für das Wohl der Familie und sich selbst möglichst gut zu sorgen. Allein sind wir dazu zu schwach, deshalb, Kollegen und Kolleginnen, muß es unsre Aufgabe sein, uns einen festen Zusammenschluß in einer starken Organisation zu schaffen, und darum muß unsre Lösung sein: Einem in den Deutschen Tabakarbeiterverband!

Pfungstadt. Am 8. Januar tagte unsere Quartalsversammlung bei Nädge. Die Abrechnung ergab eine Einnahme und Ausgabe von 877.13 Mark. Den Kartellbericht erstattete Philipp Luz in ausführlichster Weise. Beschlossen wurde, den Delegierten Zehegelder mitzugeben für die Sitzungen. Gewählt wurden als Delegierte Ludwig Klöppinger, Chr. Schulze und Philipp Luz. Kollege Klöppinger teilte mit, daß wir dem Antrage des Vorstandes, betreffend den Uebertritt in den 8. Gau ausnahmslos

zugestimmt haben. Sodann besprach derselbe das neue Statut in ausführlicher Weise und bedauerte den sehr schlechten Besuch der Versammlung; er meinte, die Kollegen zeigten gar kein Interesse. Des weiteren wurde noch zur Sprache gebracht Kartellversammlungen abzuhalten, um agitatorisch zu wirken. Auch soll der Frage nähergetreten werden, ob es nicht gut sei, trinkzwangfreie Lokale zu mieten für Kartellbesprechungen, überhaupt für alle Zusammenkünfte und Versammlungen. Damit endete die sehr schlecht besuchte Versammlung.

Speier a. Rh. Am Montag, den 18. Januar, tagte in Meinen Storchenteller unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910; 2. Kartellbericht; 3. Neuwahl der Ortsverwaltung sowie der Kartelldelegierten; 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt nahm Kollege Lügenburger das Wort und gab die Abrechnung bekannt. Die Richtigkeit derselben wurde von den Kontrollreuren bestätigt. Kollege Lügenburger gab dann noch einen Ueberblick über die Einnahmen und Ausgaben vom ganzen Jahre 1910. Hiernach belaufen sich die Einnahmen auf 7084.99 Mark, die Ausgaben auf 6896.84 Mark. Kollege Wenzel gab den Kartellbericht. Dabe gab er bekannt, daß der Genosse Fritz Ober wieder als Kartellvorsitzender gewählt sei. Er betonte, daß die Kassenverhältnisse gute zu nennen sind. Jedoch soll man sich keinen Illusionen hingeben, sondern an der Bessergestaltung der ganzen Verhältnisse mit helfen. Sodann schritt man zum 3. Punkt. Aus der Neuwahl gingen hervor: als 1. Bevollmächtigter Kollege Johann Kräutlein, als 2. Bevollmächtigter Kollege Peter Lügenburger als 3. Bevollmächtigter Kollege Joseph Metzger. Als Kontrollreure wurden gewählt: Kollegin Barbara Albrecht und Kollege Peter Haag. Zu Kartelldelegierten wurden gewählt die Kollegen Wenzel, Metzger und Peter Haag. Im Verschiedenen stellt Kollege Witz an den Vorstehenden verschiedene Anfragen, welche eine längere Debatte hervorriefen. Zum Schluß wünschte der Vorsitzende ein gutes Zusammenarbeiten sämtlicher Kollegen und Kolleginnen für das Blühen und Gedeihen unsrer Zahlstelle.

Kollegen und Kolleginnen! Zu bedauern ist nur, daß ihr so wenig Interesse an euren Versammlungen zeigt. Wenn man die Klagen der einzelnen Kollegen und Kolleginnen hört, so ist es einem unverständlich, daß eine solche Interesseloseigkeit noch herrschen kann. Werfen wir einen Rückblick auf das vergangene Jahr, betrachten wir die Schäden, welche uns durch das neue Tabaksteuergesetz zugefügt worden sind, betrachten wir ferner das Treiben in den einzelnen Fabriken, so müßte man doch annehmen, daß die Kollegenschaft im allgemeinen, um sich selbst zu schützen, unsrer Sache mehr Interesse entgegenbringen müßte. Wenn wir sehen, wie in allen Fabriken immer mehr neue Sorten eingeführt werden und zu einem billigen Preise hergestellt werden müssen, wie das Material immer schlechter wird, und dazu eine schlechte Behandlung der Arbeiter, dann muß jeder helfen, dies zu ändern, noch ist es nicht zu spät. Schließt euch zusammen in eine Organisation, die euch die Gewähr bietet, bessere Verhältnisse für euch zu schaffen. Diese Organisation ist der Deutsche Tabakarbeiterverband. Wenn auch einzelne meinen, der Verband habe doch keinen Wert, so beweisen doch obige Zahlen, daß der Verband diesen Mitgliedern aus ihrer Notlage geholfen hat. Nahezu 7000 Mark sind in einem Jahre an die Speierer Mitglieder an Kranken- und Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt worden. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Sie beweisen, daß der Verband für seine Mitglieder etwas leistet, sie beweisen aber auch andererseits, wie schlecht die Lage der hiesigen Tabakarbeiter sein muß, daß eine so hohe Unterstützungssumme nötig war. Das muß ein Ansporn für alle unsre Mitglieder sein, mehr denn je für unsre Sache zu wirken, um die uns noch fernstehende indifferente Masse von unsrer Sache zu überzeugen, unsern Reihen anzugliedern, um dann gemeinsam bessere Verhältnisse zu schaffen. Wenn wir sehen, wie sich die Arbeitgeber immer mehr zusammenzuschließen, um das Los der Arbeiter immer mehr zu verschlechtern, so rufen wir euch zu: Agitiert und organisiert für den Deutschen Tabakarbeiterverband, damit wir bei kommenden Kämpfen dem Unternehmertum geschlossen entgegenreten können. Vereinzelt sind wir nichts, geschlossen bilden wir aber eine Macht.

Die Nordhäuser Kantabakarbeiter-Genossenschaft

versendet ein geschmackvoll ausgestattetes Büchlein, welches einen Rückblick auf die Entwicklung des Genossenschaftsunternehmens wirft.

Anläßlich der großen Aussperrung der Kantabakarbeiter im Jahre 1901 von 58 Kantabakarbeitern begründet, hatte dieselbe in den ersten Jahren ihres Bestehens als reine Produktivgenossenschaft mit großen Schwierigkeiten zu rechnen.

Neben den fortgesetzten Versuchen der Nordhäuser Kantabakfabrikanten, ihr die Fabrikation durch Abschneiden der Kantabak- und Extraktbezüge unmöglich zu machen, hatte dieselbe unter finanziellen Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten unter den Mitgliedern selbst zu leiden. Die ersten Jahre sind deshalb als die rechten Kinderjahre dieser Genossenschaft zu bezeichnen.

Erst durch das wachsende Interesse der Konsumgenossenschaften für die Fabrikate der Kantabakarbeiter-Genossenschaft war es derselben möglich, sich zu dem zu entwickeln, was sie heute ist.

In zielbewusster Weise hat dieselbe seit dem Jahre 1909 nur noch Konsumvereine als Mitglieder aufgenommen, und somit das Unternehmen auf breiterer Grundlage aufgebaut. In der Genossenschaft partizipieren heute 50 der größten Konsumvereine, indem diese die Mitgliedschaft bei derselben erworben haben.

Infolgedessen ist das Unternehmen heute als ein Produktivunternehmen der Konsumgenossenschaften zu bezeichnen, welches auch zur Evidenz aus den bejaagten Umsatzziffern hervorgeht, indem über 70 Prozent des Gesamtumsatzes an Konsumvereine abgesetzt wird.

Entsprechend dem genossenschaftlich geregelten Absatzgebiet hat sich die finanzielle Grundlage der Genossenschaft in den letzten Jahren wesentlich gebessert. Während dieselbe in den ersten Jahren von Lieferanten und Geldgebern abhängig war, verfügt sie heute über ein eigenes Betriebskapital von rund 60 000 Mark und besitzt ein eigenes Grundstück im Werte von 72 000 Mark, in welchem die Fabrikation untergebracht ist.

Die der Broschüre beigelegten Bilder lassen einen Einblick in die Fabrikationsweise und -räume zu.

Parallel mit der fortschreitenden glänzenden Entwicklung des Unternehmens sind auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der im Betrieb Beschäftigten ausgebaut worden. Bereits im Jahre 1908 führte die Geschäftsleitung unter entsprechender Erhöhung der Löhne den achtstündigen Arbeitstag generell durch.

Im Jahre 1910 wurde der erste Tarif in der Kantabakarindustrie zwischen dem Tabakarbeiterverband und der Kantabakarbeiter-Genossenschaft abgeschlossen.

Nach diesem zahlt die Genossenschaft 25 bis 38 Prozent höhere Löhne, als die am Orte anässige Privatindustrie.

Außerdem gewährt sie allen im Betrieb Beschäftigten unter Fortzahlung des vollen Lohnes einen Ferienurlaub von 6 Arbeitstagen jährlich und trägt die vollen Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung.

Weiter sind sämtliche männlichen Arbeiter in der Unterstühtungskasse des Zentralverbands deutscher Konsumvereine versichert.

Alles in allen zeigt die Entwicklung des Betriebs, daß sich derselbe unter Einhaltung der genossenschaftlichen Grundzüge zu einer Genossenschaft ausgebaut hat, auf die jeder Genossenschaftler mit Stolz blicken kann, und in der auch für die Beschäftigten in sozialer Beziehung etwas geleistet worden ist.

Wir können deshalb jedem Konsumenten von Nordhäuser Priem die Fabrikate der Kantabakarbeiter-Genossenschaft nur empfehlen.

Rohtabak-Angebot von Heinrich Franck, Berlin, siehe vierte Seite des Hauptblattes.

Telephon 11358. Telephon 11358.

Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6

empfiehlt als besonders preiswert und gut

Sumatra-Decker à 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350, 360, 410, 500 g .

Sumatra-Umblatt à 160, 170, 180 g .

Vorstenl.-Decker à 250, 320, 400, 500 g .

Java-Umblatt à 150, 160, 170, 175, 180, 185, 190 g .

Java-Einlage à 120, 125 g .

Aufarbeiter à 130, 135, 140 g .

Felix-Decke, schneeweiß, Brand, 220 g .

Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175 g .

Havanna, hochfeine Einl., à 270, 350 g .

Yara-Cuba, vorzüglich, à 260 g .

Carmen-Umblatt à 130, 140, 145, 150 g .

Carmen-Einlage à 115, 125 g .

Domingo-Umblatt à 135, 145, 150 g .

Domingo-Einlage mit Umblatt à 110, 115, 120 g .

Mexiko San Andres 480, 450, 400, 140 g .

Losgut, sehr blattig und gesund, à 120, 110 g .

Uckermärker à 92, 95, 100, 105 g .

Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.
Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto.
Man verlange neueste Preisliste.

Brinkmeier & Co.

Bremen, Geeren 58

altbekannte reelle Bezugsquelle, empfehlen als gut und preiswert

Sumatra-Decker 180, 215, 220, 250, 260, 300, 340, 350, 400, 425, 500, 550 g

Borneo-Decker 300 g , hellbraun, verfehrt gerollt fahl

Sumatra-Umblatt, sehr preiswert, 160, 165, 170, 180 g , alles 3. Rängen

Java-Vorstenlanden-Decker 200, 230, 240, 330, 340 g

Java-Aufarbeiter 130, 135 g , äußerst blattig, meist Umblatt

Java-Umblatt 145, 150, 160, 170 g

Java-Einlagen 105, 110, 115 g

Brasil-Decker 200, 220, 240, 280 g , schneeweißes Brand, günstig deckend

Brasil-Umblatt u. Einlage, 125, 140, 150, 160, 170 g , nur gutschmeckende Qualitäten

Carmen-Umblatt, Aufarbeiter, 100, 110, 115, 125, 130, 140 g , alles leichte, gutschmeckende Ware

Domingo-Umblatt, Aufarbeiter, 105, 110, 115, 125, 135 g , trocken und sauer

Seedleaf-Umblatt 145, 155 g , leichter feiner Tabak

Mexiko-Decker, braun, kolossale Deckkraft, 250 g

Havanna-Einlage 170, 180 g , lose Blätter, feiner Geschmack

Havanna-Einlage 275, 300 g , malottiert, für feinstes Fabrikat

Yara-Cuba 220 g , sehr blattig, durchdringende feine Qualität

Losgut 100, 105, 110 g , nur allerbeste, sehr blattige Ware, Spezialität

Kentucky 130, 150, 160, 170, 180 g

Virginy-Umblatt u. Einlage für Decker-reicher und Brissago 160-180 g

Geschlittene Einlage Java mit Brasil 110 g , vorzügliche Einlage.

Versand unter Nachnahme.
Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183

Roh-Tabak Bedarfs-Art.

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl hellfarb. Stüchbl. 300, 350, 400, 440 g , hellfarb. Rollblatt à 300, 325, 350, 375, 425, 470, 475, 600 g

mattefarbiges Sandblatt à 325 u. 350 g

mittelfarbiges Rollblatt à 250, 260, 280, 300, 350, 375, 400, 450, 475, 500 g

klein. Rollbl. à 180, 190, 200, 230 g fahl

Vorstenland-Decke à 195, 210, 250, 350 g

Java-Decke, große Deckkraft à 250, 300 g

Java 120, 125, 130, 135, 140, 170, 180 g

Mexiko-Deck-Ersatz à 225, 260, 300 g

Brasil à 135, 150, 165, 170, 185, 200 g

Brasil-Decke à 300, 350 g

Carmen à 110, 115, 120, 130, 135, 150, 160

Domingo à 110, 115, 120, 140, 145, 170 g

Yara-Cuba, großartige Qual. 350, 400 g

Havanna in Mel. à 300, 350, lose à 200 g

Losgut garant. überreich, kern-100 g

Uckermärker, Umbl. u. Einlage 100 g

Uckermärker la 100 g

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte viele moderne Fassons joeben wieder eingetroffen

Pressen zu 10 Formen 8, 10, 16 A , mit Rad 19 A , ganz Eisen 26 A

Presskasten zu 1000 Zigarren nur 550 g

Rollbretter 175, 200, Firnholz 300, 400 g

Bündelbücke, verstellbar, nur 125 u. 225 g

Arbeitsmesser v. J. A. Penfels 20, 30, 35 g

Laok, 8 Stangen 25 und 30 g

Papier, blau, ca. 40 Bogen 20 g , rot 25 g

Band, 50 Meter von 60 g an gebrauchte, fortirt, Seide, 5 u. 6 A v. Pfb.

Ringe ff. nur 20, 25 g , mit Porz. 45 g

Etiketten von 35 g per 100 Stück an Gummi Traganth à 175, 200 u. 250 g v. Pfb

Amlac, engl., in Drigbüch. à Drigpreis.

Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe stets am Lager.

Preise per Kasse ohne Abzug.
Versand unter Nachnahme!

Zigarrenfabrikanten, Werkmeister u. Zigarrenarbeiter!

Wollen Sie vorwärts kommen?

dann verschäumen Sie nicht, das joeben in unserem Verlag erschienene neue Werk

Zubrov „Die moderne Zigarrenfabrikation“

sofort zu bestellen. Durch die Lektüre dieses Buches werden Sie in die Lage versetzt, Ihre Fabrikation gewinnbringender zu gestalten. Werkmeister werden ein besseres Gehalt erzielen und Zigarrenarbeiter können sich rasch zum Werkmeister emporschwingen.

Inhalt:

1. Die Rohstoffe an sich, deren Herkunft, Ernte, Behandlung und Verwendung.
2. Der Einkauf in Deutschland und Holland.
3. Verzeichnis der Tabakbaugesellschaften auf Sumatra, Borneo und Java.
4. Beschreibung der Marken und Sortierungen nach Farbe und Länge.
5. Das Lagern der Tabake und deren Behandlung von der Uebergabe aus dem Lager bis zur Fabrikation.
6. Das Anfeuchten der Tabake.
7. Das Entrippen der Einlage-tabake.
8. Das Trocknen der Einlage.
9. Die Behandlung des Umblattes.
10. Die Behandlung und Zurichtung des Deckblattes.
11. Das Wickelmachen (Handwickel, Formenwickel und Maschinenwickel).
12. Das Einrollen der Wickel.
13. Deckblattschnitt.
14. Handarbeit.
15. Penalarbeit.
16. Inmittierte Handarbeit.
17. Das Einrollen der Formenwickel.
18. Die Verarbeitung von Stüchblatt.
19. Einrollen der Zigarren.
20. Einlagemischungen.
21. Das Abnehmen der fertigen Zigarren.
22. Das Schneiden von Einlage-tabaken, Präparieren von Tabakrippen und Bearbeiten von Picaduras.
23. Kalkulation.
24. Sortieren und Verpacken fertiger Zigarren.
25. Die Zigarillosfabrikation. Mehrere Abbildungen.

Das Buch, in elegantem Leinwandband gebunden, kostet **Mk. 3.70** franko und wolle man mittelst Postanweisung sofort bestellen.

Schmidt & Co. Ostringen (Baden).

Rohtabak-Haus, Altona.

Post- u. Bahnversand zu Engrospreisen.

Empfehle als besonders preiswert:

Sumatra-Stüchblatt, hell, 200, 225, 260, 300, 375, 450 g

Sumatra-Rollblatt, hell, 230, 250, 300, 310, 360, 400 g

Sumatra-Umblatt 135, 145, 150, 155, 160, 170 g

Vorstenland-Deden 200, 250, 280 g

Java-Umblatt und Einlage 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160 g

Seedleaf-Umblatt 145, 150 g , Decke, Sandblatt, 180 g

Borneo-Umblatt u. Decke 140-450 g

Domingo F 120 g , FF (hart und sauer) 130 g

Mexiko-Umblatt (feinst. St. Andre) 140 g

Havanna-Einlage u. Umblatt 130, 140, 180, 230, 250, 320 g

Brasil-Umblatt und Einlage 120, 130, 140, 145, 150 g

Brasil-Deden 160, 175, 230, 250 g

Losgut, nur ausländische Tabake, meist Umblatt, 100 g

Konkurrenzlos Vorstenland - Kehrdecke

großartiger Brand, sehr große Deckkraft

Preise verzollt inkl. Wertzuschlag und Kaffe mit 3 Prozent Skonto.

Unserem Kollegen

Bernhard Kraut

zu seinem am 25. Januar stattgefundenen 25jährigen Verbandsjubiläum die besten Glückwünsche.

Die Mitglieder der Zahlstelle Bautzen.

Als ganz besonders preiswert offeriere:

Sumatra à 1.70, 1.80, 2.20, 2.40 bis 5.50 M . — Java à 1.10, 1.15, 1.20, 1.35, 1.60, 1.70 bis 2.20 M . — Felix à 1.15, 1.35, 1.45, 1.50, 1.80 M , Decke à 2.20 M . — Domingo à 1.10, 1.15, 1.20, 1.25 bis 1.50 M . — Carmen à 1.15, 1.20, 1.30, 1.40, 1.50 M . — Mexiko-Decke à 3.60, 3.80, 4.50 M , Einlage à 1.40 M . — Havanna à 2.60 u. 3.60 M . — Cuba à 2.50 M . — Prima Holländer Umblatt à 1.20 u. 1.25 M . — Elsässer à 98 g . — Uckermärker, lose Blätter à 96 g , geschnürt à 1.05 u. 1.10 M .

Distont gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.

Illustrierte Preisliste gratis und franko.

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Ältestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.*

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher Nr. 161. — Gründung 1892.

Verzolltes Lager aller Sorten Tabake und Kontor Bünde-Bahnhof.

Giro-Konto: Reichsbank, Bünde Postcheckkonto: Hannover Nr. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.

Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen.

Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zollkredit.

Spezialität in Sumatra- und Vorstenlanden-Decktabaken. Nur tadellos weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.

Grosses Lager in Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.

Verlangen Sie Preisliste und Muster und Probe-Postkolli aller Sorten auf Wunsch.

Guterhaltene Proben ausverkaufter Tabake Durchschnittspreis

für Deckblatt-Tabake: I. Sortierung . . . per Pfund 3.00 Mk. verzollt

II. Sortierung . . . per Pfund 2.50 Mk. verzollt

III. Sortierung . . . per Pfund 2.00 Mk. verzollt

von Umbl.- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt

II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt

Geschnittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.10 Mk. verzollt

Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Uebereinkunft. Jeder Versuch führt zu geregelter Verbindung.

Karl Ramm, Altona a. Elbe

jetzt: Kronprinzenplatz 2.

Jacob Hirsch jr., Mannheim 81, 9.

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen inkl. Zoll u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Garant. rein überseeische Rippen laufen jeden Posten Funke & Cie., Düsseldorf.

Bettmässen

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angebend! Auskunft umsonst: Institut „Santitas“, Weiburg 7, Bayern.

Wilhelm Carstens aus Heide

um Deine Adresse bittet Emil Baum, Pirna.

Meinem lieben Manne, unserem guten, treuen und sorgsamem Vater

Karl Kaiser

1. Bev., zu seinem am 28. Januar stattfindenden 48. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

Deine Frau,
10 Söhne und 3 Töchter.

Gebr. Wickelformen

mittlere Fassons, zu kaufen gesucht. Schiffchenabbr. d. Ziq., Offert. m. Preisangabe an P. Reimschüssel, Glogau, Dom.

Der deutsche Bauernkrieg.

Von Friedrich Engels. Brosch. 1.50 M , gebund. 2 M (Porto 10 g). Volksbuchhandlung, Leipzig, Tauchaer Str.

Unserem Kollegen **Joseph Mödel** aus Heidingsfeld zu seinem am 29. Januar stattfindenden 61. Geburtstag die besten Glück- u. Segenswünsche.

Die Kollegen u. Kolleginnen der Zahlstelle Koburg-Steinbach.

Unserem Kollegen **W. Hüllinghorst** nebst seiner Braut **Minna Engelke** zu ihrer am 29. Januar stattfindenden Verlobung herzlichste Glückwünsche.

Die Kollegen von Borgholzhausen.

Unserem Kollegen **W. Tekant** zu seinem am 31. Januar stattfindenden Geburtstag die besten Glückwünsche.

Die Kollegen von Borgholzhausen.

Todes-Anzeigen.

Wiederum entriß der Tod zwei treue Mitglieder unseren Reihen: **Katharina Meyer** aus Ritterhude im 70. Lebensjahre und das langjährige Mitglied **Dietrich Wischhusen** aus Ritterhude im Alter von 73 Jahren.

Ihr Andenken werden stets in Ehren halten

Die Mitglieder der Zahlstelle Burgdam.

Am 14. Januar starb nach kurzem schwerem Leiden unser Mitglied **Adolf Voigtländer** aus Braunschweig im Alter von 61 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Braunschweig.

Am 16. Januar verstarb nach langer Krankheit unser Kollege, das Mitglied **Gustav Schölz** aus Gräfenhainichen im Alter von 53 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Halle a. S.

Am 16. Januar starb nach längerem schwerem Leiden unser langjähriges und treues Mitglied **Paul Duckert** im Alter von 47 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Schwedt a. D.

Am 17. Januar starb in Kiel plötzlich der Zigarrenarbeiter **Heinr. Fhm.**. Er war ein treues Mitglied des Verbandes, und werden wir sein Andenken in Ehren halten.

Zahlstelle Kiel-Edernförde.

Am 17. Januar verschied nach langem schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied **Heinr. Böschemeier** aus Düren im Alter von 35 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Minden.

Am 19. Januar verstarb nach langem schwerem Augenleiden unser Kollege, das Mitglied **Otto Berlin** im 20. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken werden dem Verstorbenen bewahren

Die Mitglieder der Zahlstelle Neuhaus a. E.

Am 19. Januar verstarb an Leberkrebs das langjährige Mitglied Frau **Anna Ohlhoff geb. Besecke** aus Peine i. H. im 62. Lebensjahre.

Sie gehörte dem Deutschen Tabakarbeiterverbande seit 1883 an.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Mitglieder der Zahlstelle Bernburg.

Am 20. Januar starb plötzlich und unerwartet unser langjähriges Mitglied **Fritz Grimm** aus Herzberg am Harz im Alter von 46 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Silbesheim.

Briefkasten.

E. W., Pirna, 40 Pfg. — A. A., Langendree, 80 Pfg. — Koll., Borgholzhausen, 2 Inverl auf 1 M. — Koll., Baugen, 3.60 M.

Grösstes Zigarren-Wickelformenlager Deutschlands

in neuen und gebrauchten Formen finden Sie nur bei

L. Cohn & Co.

Berlin N., Brunnenstrasse 24.

Verlangen Sie sofort Modellbogen von neuen und gebrauchten Formen. Zusendung kostenlos sofort.

Jedes Fasson in neu und gebraucht stets am Lager.

Radeberg, Zwickau, Freiberg i. S., Dautzen, Zannenberg, Neugersdorf, Zörgau, Bitterberg, Leipzig, Dresden, Eschewerda; 12. Gau: Strahlen, Oppeln, Muskau, Canth i. Schlei, Neustadt, Neufalz, Brieg, Schönlanke, Grünberg, Priebus; 13. Gau: Dahme, Küstrin, Dobrilugk, Müncheberg i. Mark, Storkow, Jülichau, Königsberg, Finsterwalde, Pasewalk.

Berichtigung: In der Abrechnung für den 6. Gau muß es nicht Greh, sondern Goh heißen.

Zur Statistik über Arbeitslosigkeit unter den Verbandmitgliedern.

Achtung, Bevollmächtigte! Die Statistikliste betreffs Arbeitslosigkeit für die Woche vom 29. bis 28. Januar d. J. muß von allen Zahlstellen — ganz gleich, ob arbeitslose Mitglieder vorhanden waren oder nicht — bis zum Dienstag, den 31. Januar, eingekandt werden.

Bremen. Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Altenburg: Reinhold Brod als 1. Bev., Richard Grohe als 2. Bev., Roman Claus als 3. Bev.; F. Reimann, W. Hebenkreit, R. Baud als Kontrolleure.
Für Baden-Baden: Ludw. Münch als 1. Bev.
Für Bernburg: Gust. Fischer als 1. Bev., Gottl. Hache als 2. Bev., Emil Friedt als 3. Bev.; Fritz Hiersekorn, Rich. Mertig, Karl Hantsch als Kontrolleure.
Für Brandenburg: Emil Kranz als 1. Bev., Otto Frederich als 2. Bev., Gustav Etkan als 3. Bev.; August Schenk, Robert Brache, Emil Neumann als Kontrolleure.
Für Bremen: Louis Mehner als 1. Bev., Joseph Domeyer als 2. Bev., Otto Bihals als 3. Bev.; Herm. Gubernatis, Herm. Döhenhaus, Anton Schütte als Kontrolleure.
Für Brieg: Oswald Klesch als 1. Bev., Karl Pagner als 2. Bev., Wilh. Schneider als 3. Bev.; Paul Maluche, W. Seidel, Julius Schmidt als Kontrolleure.
Für Brud b. Erlangen: Christian Träg als 1. Bev., Franz Fischer als 2. Bev., Georg Köhler als 3. Bev.; Andreas Sechter, Hans Köhler, Helene Gemal als Kontrolleure.
Für Greuzburg: Friedr. Siefertäger als 1. Bev., Karoline Bed als 2. Bev., Anna Bed als 3. Bev.; Frau Anna Schwarz, Frau Elise Fischer als Kontrolleurinnen.
Für Dahme: Paul Dednid als 1. Bev., Wilhelm Peister als 2. Bev., Otto Mann als 3. Bev.; Paul Müller, Rudolf Hoppe, Karl Peister als Kontrolleure.
Für Dobrilugk: Emil Jentsch als 1. Bev.; Hugo Wittig, Max Winkler als Kontrolleure.
Für Eger: Wilh. Müller als 1. Bev., Heinr. Krenkel als 2. Bev., Herm. Ebe als 3. Bev.; Hermann Riekamp, Gust. Hartmann, Wilh. Bartling als Kontrolleure.
Für Erleben-Altleben: Alfred Schlegel als 1. Bev., Gustav Knippel als 2. Bev., Wilhelm Jöllner als 3. Bev.; Karl Kresse, Christian Lübbe, Franz Knoll als Kontrolleure.
Für Schwewe: Ernst Jörn als 1. Bev., Karl Schwioger als 2. Bev., Friedr. Günther als 3. Bev.
Für Finsterwalde: Paul Birkel als 1. Bev., Joseph Bräuer als 2. Bev., Paul Grieger als 3. Bev.; Kurt Emich, Wilh. Brümmer, Karl Krause als Kontrolleure.
Für Gaudersheim: Aug. Timper als 1. Bev., E. Müller als 2. Bev., Karl Frühling als 3. Bev.; Fr. Müller, A. Jürries, Aug. Wader als Kontrolleure.
Für Gera: Benni Joseph als 1. Bev., Paul Rudolf als 2. Bev., Otto Benisch als 3. Bev.; Klimpte, Dietsch, Reinhold als Kontrolleure.
Für Gohlis: Franz Müller als 1. Bev.; Gust. Meißner, Karl Wagner als Kontrolleure.
Für Goldberg: Karl Kurfürst als 1. Bev., Paul Stumpe als 2. Bev., Paul Tengel als 3. Bev.; Robert Seidel, Bernhard Henschke, Wilhelm Sydow als Kontrolleure.
Für Groß-Steinheim: Jakob Daus II als 1. Bev., Eugen Difer als 2. Bev., Anton Winter als 3. Bev.; Joh. Michael Heintle, Adam Kopp, Karl Holzdarber als Kontrolleure.
Für Heide: Gust. Könnfeldt als 1. Bev., Karl Kochart als 2. Bev., Theodor Schuhmacher als 3. Bev.; Karl Schmidt, Joh. Simsen, Joh. Blöder als Kontrolleure.
Für Helmstedt: Wilh. Richter als 1. Bev., Karl Kollpaß als 2. Bev., Ernst Böke als 3. Bev.; Paul Boffe, Willi Duvenbed, Hugo Hartmann als Kontrolleure.
Für Heppenheim: Georg Reif als 1. Bev., Adam Lorenz als 2. Bev., Adam Knapp als 3. Bev.; Johann Luz, Johann Stieker, Georg Eichelsbach als Kontrolleure.
Für Herrhausen: Karl Pauß als 1. Bev., Karl Fürchtecht als 2. Bev., W. Kruse als 3. Bev.; August Pauß, Karl Ephem, Wilh. Sydow als Kontrolleure.
Für Hohenheim: Heinr. Kraus als 1. Bev., Karl Bischof als 2. Bev., Fritz Wetterauer als 3. Bev.; Chr. Auer, Fritz Walter, Sophie Komze als Kontrolleure.
Für Jgheoe: Otto Evers als 1. Bev., Karl Waigt als 2. Bev., Franz Jacob als 3. Bev.; Hugo Simon, Theodor Schmidt, Karl Kraft als Kontrolleure.
Für Jüterbog: Karl Hönike als 1. Bev., Wilh. Hilpert als 2. Bev., Wilh. Schinzel als 3. Bev.; Karl Rappert, Karl Arndt, Willi Fuhs als Kontrolleure.
Für Kaiserseck: Joh. Junglas als 1. Bev., Joseph Zimmer als 2. Bev., Franz Reffes als 3. Bev.; Fritz Junglas, Joseph Breg als Kontrolleure.
Für Karlsruhe: August Bergemann als 1. Bev., Hermann Winkler als 2. Bev., Johannes Nummert als 3. Bev.; Hermann Stelter, Nikolaus Brühmüller, Friedrich Metz als Kontrolleure.
Für Koburg: Otto Feiler als 1. Bev., Georg Geißel als 2. Bev., Franz Ruedel als 3. Bev.; Joseph Ködel, Luise Geißel, Otto Jllig als Kontrolleure.
Für Langenbieselau: Paul Gahn als 1. Bev., Wilhelm Fisch als 2. Bev., Paul Pietak als 3. Bev.; Frau Pielscher, Paul Biekmann, Martha Nowoiski als Kontrolleure.
Für Lauenburg: Johann Lucas als 1. Bev., Johann Frenz als 2. Bev., Fritz Wöhler als 3. Bev.
Für Löhne i. Westfalen: Hermann Brackmann als 1. Bev., Wilhelm Baumann als 2. Bev., Wilhelm Stude als 3. Bev.; Heinrich Nagel I, Wilhelm Heemeier, Wilhelm Nolting als Kontrolleure.
Für Minden: Wilh. Schломann als 1. Bev., Aug. Beermann als 2. Bev., Peter Kampeidit als 3. Bev.; W. Ernsting, S. Doh, Fritz Doppel als Kontrolleure.
Für Moringen: Karl Boges als 1. Bev., Ernst Hermann als 2. Bev., Ernst Frank, Wilh. Eichholz, Karl Schmiedt als Kontrolleure.
Für Mülhausen: Heinr. Coring als 1. Bev., Hans Bachmann als 2. Bev., Adolf Hornoff als 3. Bev.; Johanne Leift, Frau Brumm, August Jagermann als Kontrolleure.
Für Münden i. S.: Wilh. John als 1. Bev., Heinr. Görtelner als 2. Bev., Friedr. Wittig als 3. Bev.; F. Köstert, P. Eidemeyer, E. Gerstenberger als Kontrolleure.
Für Neuhaus: Wilh. Böh als 1. Bev., Karl Schmidt als 2. Bev., Friedrich Matthies als 3. Bev.; G. Schulze, S. Laudam, W. Säfte als Kontrolleure.
Für Neulubheim: Hil. Kuppinger als 1. Bev., Ludw. Bihauer als 2. Bev., Gottlieb Langloß als 3. Bev.; Joseph Langloß, Jakob Seidel, Friedr. Demann als Kontrolleure.
Für Neumarkt: Wilhelm Schutte als 1. Bev., Otto Großert als 2. Bev., Hermann Majunke als 3. Bev.; Richard Klage, Martin Scholz, Bernhard Thomas als Kontrolleure.
Für Neumünster: Wilh. Just als 1. Bev., Karl Jürs als 2. Bev., Detlev Dohse als 3. Bev.; Th. Borchardt, E. Vorbeck, Joh. Lindemann als Kontrolleure.
Für Oberhausen: Phil. Wilhelm als 1. Bev., Gerhard Fehlings als 2. Bev., Anna v. d. Loh als 3. Bev.; Fr. Jung-

mann, Fr. Reichel, Ant. Vertugl als Kontrolleure. — Ph. Wilhelm als Kartelldelegierter.

Für Deberan: Kurt Stephan als 1. Bev., Max Schünze als 2. Bev., Reinh. Käy als 3. Bev.; Bruno Naumann, Anna Gröber, Rudolf Neubert als Kontrolleure.

Für Osterode: Wilh. Schindler als 1. Bev., Fritz Webedind als 2. Bev., Michael Tiggeler als 3. Bev.; Wilh. Welz, S. Diz, Fried. Knode als Kontrolleure.

Für Peterswaldau: Hermann Schmidt als 1. Bev., Albert Kunze als 2. Bev., Johann Litze als 3. Bev.; Heinrich Rose, Wilhelm Herdan, Karl Hoffmann als Kontrolleure.

Für Potsdam: Ernst Laubig als 1. Bev., Willi Kiesel als 2. Bev., Emil Bathe als 3. Bev.; D. Schmidt, A. Kerber, W. Palm als Kontrolleure.

Für Priebus: Adolf Lehmann als 1. Bev., Paul Jachmann als 2. Bev., Paul Bruner als 3. Bev.; Gust. Casper, Max Hönach, Emma Ludwig als Kontrolleure.

Für Rohrbach: Heinr. Weber als 1. Bev., Franz Chenau als 2. Bev., Karl Volk als 3. Bev.; Karl Kircher, Fritz Stürmer, Lenken Jäger als Kontrolleure.

Für Ronneburg: Alwin Schröder als 1. Bev., Arna Seidemann als 2. Bev., Gustav Hopmann als 3. Bev.; Elise Käy, Paul Peudert, Adolf Kontow als Kontrolleure.

Für Rosdorf: V. Schütz als 1. Bev., J. Schwart als 2. Bev., W. Sonntag als 3. Bev.; J. Krez, Fr. Kerschow, W. Bobain als Kontrolleure.

Für Rudersberg: Christian Schaffhauser als 1. Bev., Otto Müller als 2. Bev., Wilh. Gohl als 3. Bev.; Ernst Steuble, August Schaal als Kontrolleure.

Für Schönhausen: G. Voigt als 1. Bev., Fr. Pasche als 2. Bev., S. Nielsen als 3. Bev.; A. Braunschweig, M. Diene-mann, B. Kanne als Kontrolleure.

Für Schwedt a. D.: Rob. Jerm als 1. Bev., Otto Tepelmann als 2. Bev., Rich. Guse als 3. Bev.; Fritz Eitursch, Franz Driefener, Rich. Voigt als Kontrolleure.

Für Schweideln: Eduard Hölling als 1. Bev., Julius Heeper als 2. Bev., Hermann Raabe als 3. Bev.; Wilhelm Störmer, Rina Köster, Leopoldine Böckemeier als Kontrolleure.

Für Schwerin a. B.: Robert Neumann als 1. Bev., Emil Wünnich als 2. Bev., Max Busowski als 3. Bev.; Karl Schleusener, Paul Schulz, Karl Schade, Luise Schild als Kontrolleure.

Für Schwesingen: Wilhelm Jöst als 1. Bev., Joh. Georg Schnabel als 2. Bev., Philipp Koch als 3. Bev.; Konrad Uelshöffer, Thomas Koch, Karl Notaker als Kontrolleure.

Für Schwiebus: Otto Fischbach als 1. Bev., Max Meißner als 2. Bev., G. Pentzke als 3. Bev.; Bleschte, Kaczor, Alemt als Kontrolleure.

Für Segeberg: Friedrich Brumshagen als 1. Bev., Heinrich Rappe als 2. Bev., August Dietgen als 3. Bev.; Heinrich Schwart, Hans Sibbert, Wilhelm Dertel als Kontrolleure.

Für Speyer: Johann Kräutlein als 1. Bev., Peter Lügenburger als 2. Bev., Joseph Megger als 3. Bev.; Barbara Albrecht, Peter Haag als Kontrolleure.

Für Stüttgart: Jos. Wildemann als 1. Bev., Sub. Diebold als 2. Bev., D. Grünbaum als 3. Bev.; G. Ritsche, St. Schwind, S. Rosenblüt als Kontrolleure.

Für Weihenfeld: Wilh. Beau als 1. Bev., Herm. Goymann als 2. Bev., Herm. Koch als 3. Bev.; Otto Krausch, Bruno Schulze, Frau Eichardt als Kontrolleure.

Für Wilsen a. L.: E. Schulz als 1. Bev., Joseph Hofmann als 2. Bev., Aug. Stallbaum als 3. Bev.; Greuner, W. Enoch, Wölger als Kontrolleure.

Für Wismar: Karl Horn als 1. Bev., Karoline Kammerer als 2. Bev., Karl Sipp als 3. Bev.; Frau Rau, Marie Abel, Käthgen Mattern als Kontrolleurinnen.

Für Wurzen: Paul Beegen als 1. Bev., Alfr. Marxen als 2. Bev., Otto Fischer als 3. Bev.; Arno Rudolf, Otto Fischer I, Frau Emilie Abicht als Kontrolleure.

Für Zeitz: E. Neupre als 1. Bev., E. Modrow als 2. Bev., P. Hofe als 3. Bev.; Max Hollin, Emil Senf, Rich. Löber als Kontrolleure.

Vom 17. bis 23. Januar 1911 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

Table with columns for date, name, amount, and date, listing contributions from various members and locations.

B. Für Annoncen:

17. Zannenberg, B. Bayer — 60

Berichtigung: In Nr. 4 des Tabakarbeiter muß es unterm 9. Januar heißen: Brud statt Brück. Minden i. S. 150.— Ml. statt 150 Ml., unterm 15. Januar Groß-Deere 30.— Ml. statt 126.— Ml.

Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten anbringen.

Bremen, den 23. Januar 1911.

W. Nieder-Welland, Kassierer, Faulenstraße 58 60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Altenburg: Durch R. Brod, Brauhausstraße 3. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags und 7 bis 8 Uhr abends.

In Brandenburg: Auf der Volkshaus-Herberge, Neustadt, Heidestraße.

In Dahme: Durch den 1. Bev. Paul Dednid. An Wochentagen von 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11 bis 12 Uhr mittags. Für am Orte befindliche Mitglieder nur Sonnabends.

In Finsterwalde: Durch den 1. Bev. Paul Birkel, Bismarckstraße 13b. An Wochentagen von 11 bis 1 Uhr mittags und 6 bis 8 Uhr abends.

1 Uhr mittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11 bis 1 Uhr mittags.

In Neumünster: Durch den 1. Bev. Wilh. Just, Kieler Straße 58, p. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags und 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11 bis 12 Uhr mittags.

In Priebus: Durch den 1. Bev. Adolf Lehmann. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags und 7 bis 8 Uhr abends.

In Seesen: Durch den 1. Bev. Heinrich Dieterich, Lindenplan. An Wochentagen von 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen mittags.

In Speyer: Durch den 1. Bev. Johann Kräutlein, Gaidenreichstraße 17. An Wochentagen von 1/2 1 bis 1/2 2 Uhr mittags und 1/2 8 bis 9 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 10 bis 12 Uhr mittags.

In Weihenfeld: Vom 1. Februar ab durch S. Goymann, Schulstraße 11, III. An Wochentagen von 6 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11 bis 1 Uhr mittags.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In Dahme: Durch den 2. Bev. Wilhelm Peister. An Wochentagen von 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11 bis 12 Uhr mittags.

In Neumünster: Durch den 2. Bev. Karl Jürs, Christianstraße 62.

In Priebus: Durch den 1. Bev. Adolf Lehmann. An Sonnabends von 6 bis 8 Uhr abends.

In Seesen: Durch Wilhelm Wolf, Neustadt Nr. 25. Zu jeder Tageszeit.

In Speyer: Durch den 2. Bev. Peter Lügenburger, Steinmeyerstraße 18. An Sonnabends von 6 bis 9 Uhr abends.

In Weihenfeld: Vom 1. Februar ab durch Wilhelm Beau

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht eure Versammlungen zahlreich!)

In Blotho: Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, bei S. Teigeler. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910. 2. Bericht vom Heimarbeitertag. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Vortrag über: Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in der Tabakindustrie. Referent: Gauleiter Schlüter. 5. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.

In Spradow: Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Spradowener Höhe. Tagesordnung: 1. Die Bedeutungslosigkeit des christlichen Tabakarbeiter-Verbandes in Westfalen 2. Verbandsangelegenheiten. Gauleiter Schlüter wird anwesend sein. — Zahlreichen Besuch — auch Nichtmitglieder — erwartet

In Herringhausen: Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 4 Uhr. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen bittet

In Rennighüffen: Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 4 Uhr, beim Gastwirt Brune. Tagesordnung: 1. Abnahme der Abrechnung vom 4. Quartal 1910. 2. Wahl der Bevollmächtigten, Kontrolleure und des Agitationskomitees. 3. Vortrag über: Die Entwicklung des Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbandes. Referent: Gauleiter Schlüter. 4. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

In Schwenningdorf: Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 4 Uhr, beim Wirt Kufmann in Bieren. Tagesordnung: 1. Neuwahl der Ortsverwaltung. 2. Vortrag des Kollegen Klüter. 3. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Stellen-Angebot.

Zu 12. Gau wird ein tüchtiger Zigarrenmacher, der sich selbst widel macht, gesucht. Tariflohn wird gezahlt.

Zu melden bei Willi Stöhr, Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 82, I.

Brieg.

Unterstützungen werden nur Sonntags von 1 bis 2 Uhr mittags durch den 2. Bev. Karl Pagner ausgezahlt.

Brud b. Erlangen.

An Durchreisende wird keine Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt.

Schwewe.

Unterstützungen werden nur Sonnabends von 12 bis 1 Uhr mittags durch den Kollegen Karl Schwioger ausgezahlt.

Heide.

Unterstützungen werden durch den 1. Bev. Gust. Könnfeldt, Kirchhoffstraße 3, ausgezahlt. An Wochentagen von 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11 bis 1 Uhr mittags.

Helmstedt.

Unterstützungen werden im Verkehrslokal Linden-hof, Holzberg, ausgezahlt.

Lemgo.

Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wird durch den 2. Bev. Fr. Kölling ausgezahlt. An die Mitglieder am Orte: Sonntags von 12 bis 2 Uhr mittags. An Durchreisende: Wochentags von 12 bis 1 Uhr mittags und 7 bis 8 Uhr abends.

Ludau.

Die noch restierenden Mitglieder werden erucht, ihre Beiträge zu begleichen, da diese Woche unbedingt Abrechnung ist.

Mühlhausen.

Die Herberge befindet sich St. Jakob bei Weirich.

Neumarkt.

Unterstützungen werden durch den 2. Bev. Otto Großert, Junkerstraße 25, ausgezahlt.

Oberhausen.

An Durchreisende wird keine Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt.

Rosdorf.

Unterstützungen werden durch den 2. Bev. J. Schwarzbt, Badstüberstraße 30, ausgezahlt.

Schwedt a. D.

Unterstützungen werden durch den 2. Bev. Otto Tepelmann, Markgrafenstraße 9, Hinterhaus I, ausgezahlt.

Schwesingen.

Kranken- und Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt durch den 2. Bev. Joh. Schnabel, Wilhelmstraße 2. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12 bis 2 Uhr mittags.

Wismar.

Unterstützungen werden nur Sonntags von 12 bis 3 Uhr nachmittags ausgezahlt.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Uhlenhorst, Mozartstraße 5, I. Ausschuh: D. Sidow, Brandenburg a. S., Steinstraße 22. Schiedsgericht: E. Dechand, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Hildesheim 20.—, Emmendingen 50.—, Mannheim 97.—, Kirchheim 75.— Ml.

Sterbekasse: Ansbach 10.86, Bremen 19.75, Frankfurt 21.80, Schmölln 9.69 Ml.

Zuschüsse: Halberstadt 100.—, Würzburg 100.— Ml. Krankengeld: 72.— Ml.

Berichtigung: In voriger Nummer muß es statt Priebus Schiebs heißen.

Hamburg, den 23. Januar 1911. J. Otto.

Mexiko-Decken

☞ **horrend billig!** ☞

Mexiko Nr. 1616 St. Andres

Vollblatt, 2. Länge, sehr zart, breitblättrig, Farben dunkel und schwarz, riesig deckfähig, schneeweisser Brand. . Mk. **3.50** verzollt.

Mexiko Nr. 1629 St. Andres

Vollblatt, 2. Länge, prachtvolle Farben, grau und schwarz, breitblättrig, leicht auf der Hand, schneeweisser Brand . Mk. **4.00** verzollt.

Mexiko Nr. 1617 St. Andres

Vollblatt, 1. Länge, feinste Farben, feinste Qualität, sehr deckfähig, sehr breitblättrig, schneeweisser Brand . Mk. **4.50** verzollt.

Java-Umblatt:

- Nr. 1635 Wonogrio, Qualitätstabak, 3. Länge, leicht auf der Hand, horrend ergiebig Mk. **1 60**
- Nr. 1636 Wonogrio, Qualitätsmarke, grosse 2. Länge, riesig blättrig, ausserordentlich preiswert Mk. **1 70**
- Nr. 1613 Vorstenlanden, Vollblatt, 3. Länge, leicht und blättrig Mk. **1 80**
- Nr. 1638 Djorongan, sehr grosse zarte 4. Länge, wie Sandblatt, ungemein ergiebig, hochfeiner Geschmack Mk. **1 85**
- Nr. 1584 Loemadjang, grosse 2. Länge, sehr blättrig, sehr vorteilhaft Mk. **1 90**
- Nr. 1546 Banjoemas, grosse 3. Länge, feinste Qualität, zart, riesig leicht, durchaus festes Blatt. Mk. **2 00**
- Nr. 1342 Loemadjang, hervorr. schöne reife 1. Länge, in der Arbeit das billigste Material Mk. **2 00**

Sumatra-Umblatt:

- Nr. 1460 3. Länge, Lochblatt, sehr blättrig, tadelloser Brand, vorzügliches Material, wie Vollblatt Mk. **1 60**
- Nr. 1438 3. Länge, Lochblatt, sehr blättrig, tadelloser Brand, leicht, hell, wie Vollblatt. Mk. **1 70**
- Nr. 1462 3. Länge, Vollblatt, riesig blättrig u. fest, kerniger Geschmack, ganz zartes Blatt Mk. **1 80**
- Nr. 1559 4. Länge, Vollblatt, riesig zart, blättrig, denkbar vorteilhaft Mk. **1 85**
- Nr. 1530 2. Länge, Lochblatt, weicher Langkat-Tabak, fest, blättrig, zart, riesig ausgiebig, viel Decke Mk. **1 90**
- Nr. 1607 3. Länge, Vollblatt, hell, zart, leicht, hochfein, ungemein blättrig, tadellos. Blattbrand, feinste Qualität, in der Arbeit das denkbar vorteilhafteste Material Mk. **1 90**

Sumatra-Decken

- Nr. 1562 **K B|Langkat.** 2. Länge, Lochblatt, sehr blättrig, edel, hellbraun, zart, feinste Qualität Mk. **2 20**
- Nr. 1563 **S & R|Deli.** Vollblatt, 3. Länge, ausgesprochen Linksroller, links hellfahl, blättrig, feiner Geschmack Mk. **2 30**
- Nr. 1564 **S M|Sumatra.** Vollblatt, 3. Länge, rechts und links hell, leicht, zart, blättrig, riesig preiswert Mk. **2 40**

- Nr. 1568 **Deli My|K B|Langkat.** Vollblatt, 3. Länge, ganz lebhaft hell, links riesig hell, leicht, hochfein Mk. **2 80**
- Nr. 1573 **Deli My|E.** Vollblatt, 3. Länge, wie Sandblatt, **ganz hell**, zart, sehr edel, wunderschöne Farben, riesig deckfähig Mk. **3 30**
- Nr. 1582 **Deli My|D Langkat.** Lochblatt, 2. Länge, jedoch wie Vollblatt, zart, edel, rechts ganz hellmatt, links feinstes hellfahl, grosse Deckkraft Mk. **3 40**

Beachten Sie
meine
neue
Adresse!

Heinrich Franck

**Berlin N. 54
:: Brunnen-
Strasse 22.**

Gegründet 1879.

Postscheckkonto: Berlin 1738.

Telephon: Amt III, 4352.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946

empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

- Sumatra-Decker**, nur Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 δ
- Sumatra-Umblatt**, Vollblatt, 155, 180 δ
- Java-Decker** dunkel 220 δ , hell 260, 280, 300, 320 δ
- Java-Umblatt** 140, 155, 160, 165 δ
- Java-Einlage** 95 δ , mit Umbl. 110, 120, 130 δ
- Vorstenland-Decker** 260, 275, 300, 320 δ
- Brasil-Decker** 175, 200, 210 δ
- Brasil-Einlage u. Umbl.**, leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 δ
- Mexiko-Decker** (Andres) 300, 350, 400 δ
- Havanna** 200, 250, 300, 400 δ , Decker 700 δ
- Yara-Cuba** 200, 220 δ , feine Qualität
- Seedleaf-Umbl.** 120, 130, 140, 150 δ
- Carmen-Umbl.** 100, 110, 125, 130 δ
- Domingo-Umblatt** 110, 120, 130 δ
- Domingo-Einlage und Umbl.** 100 δ
- Rio-Grande-Decker** 120, 130 δ , Einlage 110 δ
- Loggut**, nur überseeische Original-Tabake, meist Umblatt, 100 δ , beste Sorte leicht und sehr blättrig 110 δ .

Wickelformen neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 150 δ . **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko.

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück **7.50 M.** **Gummi-Traganth**, allerfeinste Ware, höchste Klebekraft, per Pfd. 250 δ . **Zigarrenband** pro 50 Meter-Rolle, gelb, 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 δ . **Bastbündelband**, grau und lachs-farbe, pro 100 Meter-Rolle 150 δ .

Preise per Pfund verzollt einschl. Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

Java-Sumatra linksheilig per Pfund 2.70 δ
Java-Sumatra 1. Blattlänge per Pfund 3.60 δ

Diese Tabake brennen tadellos und decken mit 1 1/2 Pfund.

Carl Roland, Berlin SO.
Kottbusser Straße 4.

Fritz Starke, Rohtabakhandlung
Bad Oeynhausen.

Habe zu äusserst billigem Preise einige Zentner Tabakproben abzugeben.
3 Ztr. Sumatra-Decken à Pfd. 2.50-3.00
1 " Vorst.-Decken à " 2.50-3.50
1 " Brasil-Decken à " 2.20-2.50
1 " Brasil-Einlage, geb. à Pfd. 1.50
2 " Java-Umblatt à " 1.70
150 Pfd. Carmen u. Domingo à " 1.20
50 " Havanna, mallottiert à 3.50-4.50
60 " Java-Einlage à Pfd. 1.20
Bei Abnahme sämtlicher Tabake stellen sich die Preise bei Sumatra Durchschnittspreis 2.30 M., bei allen anderen 1.55 M.

Grus (rein), 30, 60, 90, stets da; präp. ff. Rippen-Einlage 25. **Rohtab.** (diverse) extra bill.?
Kemmler Nfg., Breslau 6.

☞ **Kein Interessent** ☞
versäume unsere Preisliste 23 u. Wickelformbogen einzufordern.

Wir liefern

Zigarrenwickelformen, Kistenpressen, Formenpressen
Arbeitsmesser, Rollbretter, Papier

und tausend andere Artikel, die jeder Zigarrenfabrikant haben muss, neu und gebraucht, in unerreichter Güte zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Wer Geld sparen will

bezieht seine Rohtabake und Utensilien aus **erster** Quelle von uns!

L. Cohn & Co., Berlin N., Brunnenstrasse 24.

Grösstes Lager in gebrauchten Utensilien.
Deutschlands grösstes Fabrik- und Handelsgeschäft
der Rohtabak- und Utensilien-Branche.

Wiesbadener Volksbücher. Preis pro Bändchen 10 bis 30 Pfg. Verzeichnisse umsonst.

Zu beziehen durch die **Exp. d. Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19 21.**